

rundschreiben  
02/19



medico international



# Demokratie erneuern

medico-Symposium: Raus aus den Verstecken | Flucht und Migration: Mit Jean Ziegler in Moria | Nicaragua und Venezuela: Suche nach Auswegen | BDS-Beschluss

**Titelbild:**

Raus aus den Verstecken: Während der Protestaktionen gegen die Militärregierung im Sudan klettern Demonstranten auf eine alte Reklametafel. Foto: REUTERS/Umit Bektas

**Fotos der Autorinnen und Autoren:**

medico und Tilman Vogler

**Impressum**

**Herausgeber:**

medico international

Lindleystr. 15

D-60314 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002

E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)

Homepage: [www.medico.de](http://www.medico.de)

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),  
Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,  
Christian Sälzer

Korrektorat: Marek Art

Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf  
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

## AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 02/19

- 4 Editorial
- 6 **Den Stillstand herausfordern**  
Kommentar zur Notwendigkeit, globale Institutionen zu schaffen
- EUROPAS GRENZ[ZIEHUNGEN]EN**
- 10 **Kafkaesker Albtraum**  
Mit Jean Ziegler im Auffanglager Moria auf Lesbos
- 16 **Im Zentrum der Begehrlichkeiten**  
Europas eigennützige Politik in der Sahelzone
- 19 **Grenzschutz statt Demokratie**  
Kommentar zu der EU und den Repressionen im Sudan
- 20 **Aufgeben gibt es nicht**  
Die schwierige Arbeit der medico-Partner in Sierra Leone
- 24 **Syrisches Update**  
Kein Entkommen aus Idlib und gefangene IS-Kämpfer, die keiner will
- 26 **Projekte/Projektionen**  
Simbabwe, Libanon, Indonesien
- LATEINAMERIKANISCHE KRISEN**
- 28 **Innerer Zerfall**  
Über die nächste Etappe des zivilen Aufbegehrens in Nicaragua
- 31 **Den Gegner anerkennen**  
Mögliche friedliche Auswege aus der Zuspitzung in Venezuela
- 34 **Im Kreuzfeuer**  
Der Antisemitismusbeschluss des Bundestags gegen BDS und seine Folgen plus Kommentar aus Israel
- DEBATTEN ZUR DEMOKRATISIERUNG DER DEMOKRATIE**
- 38 **Globale Solidarität politisch denken**  
Annäherungen an medico-Politikfelder
- 40 **Raus aus den Verstecken**  
Das medico-Stiftungssymposium „Demokratie in der Krise“
- 47 **Aus Niederlagen lernen**  
Eine radikale Erneuerung der Demokratie wagen
- 50 **medico aktiv**  
Kifri im Klapperfeld, medico und Schauspiel, Mely Kiyak im Gespräch
- 52 Materialliste
- 54 Service und Kontakt

Wie sieht eine Solidarität aus,  
die sich der Unterschiede bewusst  
ist und sich nicht allzu leicht  
in einem Wir „versämtlicht“?

## Liebe Leserinnen und Leser,

es gehe heute um eine andere Denkungsart, schreibt der Frankfurter Philosoph Christoph Menke, „Veränderung des Lebens im Denken: nur im Denken, aber immerhin im Denken“. Wie aber geht das, wenn wir in unserem Denken kolonisiert sind, nur halb befreite Sklaven, die ihre Freiheit dem Umstand verdanken, andere in die Sklaverei zu treiben? Christoph Menke war letztes Jahr auf dem großen Emanzipationskongress, den medico mit verschiedenen deutschen Universitäten veranstaltete. Die Diskussionen dort kreisten um die Frage, warum Befreiung in immer wieder neue Unterdrückungsverhältnissen münde. Was bedeutet darin Solidarität, die sich der Unterschiede und Fremdheiten bewusst ist und sich nicht allzu leicht einem vermeintlichen Wir „versämtlicht“?

Wider die „Versämtlichung“ argumentierte dieses Jahr auf dem medico-Stiftungssymposium die Berliner Soziologin Sabine Hark, von der dieser Begriff stammt und die uns schon letztes Jahr mit ihrer Rede über die Solidarität tief beeindruckte. Wir haben, wie Sie dem Bericht von Christian Sälzer entnehmen können, die Diskussionen des letzten Jahres auf dem Stiftungssymposium 2019 zur „Krise der Demokratie“ fortgesetzt. Sie können die wesentlichen Beiträge im Internet nachlesen. Der Theologe Boniface Mabanza Bambu hat seinen Beitrag aus der Arbeitsgruppe in einen Text verwandelt, der die Frage nach einer radikalen Erneuerung der Demokratie stellt und einfordert, dabei das Weltwissen zu berücksichtigen. Mabanza fordert Räume für gemeinsame Lernprozesse. Die würden aber nur dann weiterführen, wenn der koloniale Blick auf die, deren

Stimmen ignoriert und zum Schweigen gebracht wurden, geheilt würde. Diesen Stimmen, Perspektiven und Wahrnehmungen sei eine „radikale Alterität“ (das radikale Andere) zugeschrieben, so Mabanza. Damit seien alle diese Erfahrungen für irrelevant erklärt worden. „Den Blick heilen“ heißt, dass dieser Blick fortgesetzte Verletzungen zufügt. Ein Anfang für diverse solidarische Praxen besteht also, wie Sabine Hark auf dem Stiftungssymposium vorschlug, im Verlernen dieses Blickes. Eine große Herausforderung für jeden von uns, denn wir können uns nicht einfach mehr mit einer vermeintlich richtigen Position den „Guten“ zurechnen.



**Katja Maurer war bis vor einem Jahr Abteilungsleiterin der Öffentlichkeitsarbeit. Sie ist Chefredakteurin des medico-rundschreibens.**

Der Wunsch, gut zu sein, dürfte die Bundestagsabgeordneten angetrieben haben, als sie den Beschluss fassten, die Kampagne BDS für antisemitisch zu erklären. Wir schreiben dazu im hinteren Teil des Heftes. In der Folge des Beschlusses musste auch der Direktor des Jüdischen Museums in Berlin, Peter Schäfer, seinen Posten räumen. Einer der wichtigsten deutschen Judaisten ist damit zum weltweiten Entsetzen vieler Wissenschaftler des Judentums seines Amtes enthoben. Verunmöglicht ist damit auch die Idee, ein jüdisches Museum in Deutschland wissenschaftlich zu führen. Das jüdische Museum hatte unter Schäfer mit Ausstellungen und Arbeiten auf sich aufmerksam gemacht, die das deutsche Gedächtnistheater hinter sich ließen, und Offenheit für die Vielfalt auch unter Jüdinnen und Juden demonstriert. Vielleicht sollten die Beteiligten der bundesdeutschen Debatten endlich verlernen, nur die anderen für Antisemiten zu halten und die eigenen antisemitischen Anteile unter einem unerträglichen Philosemitismus zu begraben. Dann würde ein Diskussionsraum entstehen, in dem eine fruchtbare Differenzierung statt Polarisierung möglich wäre. Aber offenbar braucht es dafür jüngere Generationen. Für die medico-Partnerinnen und Partner in Israel und Palästina allerdings macht diese Entscheidung, mit der sich das offizielle Deutschland an die Seite der rechten Regierung in Israel stellt, die ohnehin engen Handlungsspielräume noch enger. Wartezeit haben sie nicht.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch den Flyer, der diesem Heft beiliegt, zur Lektüre und Aktion empfehlen. Aus Anlass des 70. Jahrestags des Grundgesetzes haben medico international und das Grundrechte-Komitee eine Petition verfasst, allen Illegalisierten und Geduldeten ein Bleiberecht auszusprechen. Es wäre eine große Geste wider die globale Spaltung, ein Zeichen für ein vernünftiges Deutschland. Unterschreiben Sie und reichen Sie weiter.

Herzlichst Ihre



# Den Still- stand heraus- fordern

# Über die Schaffung globaler Institutionen

Von Thomas Gebauer

Europa hat gewählt, und das neue Parlament, das Anfang Juli 2019 seine Arbeit aufnimmt, wird weiter nach rechts rücken. Doch so bedenklich der Stimmenzuwachs rechtspopulistischer Parteien ist – die eigentliche Gefahr droht Europa aus seiner Mitte. Die „soziale Verzweiflung“, von der der französische Umweltaktivist und grüne Europa-Abgeordnete Yannik Jadot spricht, ist nicht vom Himmel gefallen. Das sich ausbreitende Gefühl, bei allen Privilegien, die man (noch) genießt, dennoch nicht ernst genommen zu werden, ist das Ergebnis einer Politik, die systematisch partikuläre ökonomische und machtpolitische Interessen über das Gemeinwohl und die Bedürfnisse der Menschen gestellt hat.

Die Verantwortung für die eingetretene Lage tragen Politikerinnen und Politiker aller Couleurs, aber nicht zuletzt die sozialdemokratische Linke Europas. Ausgerechnet die Kraft, von der viele eine Alternative zum herrschenden wirtschaftsliberalen Weiter So! erwartet haben, hat sich auf fatale Weise in eben diesem Weiter So! verstrickt. Statt die großen Herausforderungen der Gegenwart ernst zu nehmen und mit Blick auf die voranschreitende sozial-ökologische Verwüstung der Welt die „soziale Frage“ in ihrer globalen Dimension neu zu stellen, verharrt sie in einer auf Wachstum und Lohnarbeit setzenden nationalen Politik, die dem globalen Krisengeschehen nichts mehr entgegenzusetzen weiß.

„Man kann die Le-Pen-Partei nur zerschlagen, indem man die Wurzel zerschlägt, die sie nährt: die soziale Verzweiflung.“

Yannik Jadot, Europa Ecologie

Dabei wäre es höchste Zeit darüber nachzudenken, wie der enorme Reichtum der Welt heute zum Wohle aller neu verteilt werden könnte. Wie kann eine alternative Wirtschafts- und Energiepolitik aussehen, die das Bekenntnis zum Schutz der Umwelt nicht schon an der nächsten Ecke wieder verrät? Wie kann der rasch voranschreitende technologische Fortschritt politisch reguliert werden, damit er den Menschen nützt, statt sie weiter nutzlos zu machen? Wie können Anreize und Regelungen geschaffen werden, um eine Lebensweise zu befördern, in der nicht einige wenige auf Kosten vieler anderer und zulasten der Umwelt existieren? Fragen, die auf radikale Veränderungen drängen.

Doch wirft ein Nachwuchspolitiker einmal das in die Debatte, was zur Lösung der Krise angemessen wäre, herrscht Aufregung. Die Systemfrage zu stellen, ist tabu. Das überlässt man lieber anderen. Den streikenden Schülerinnen und Schülern der Fridays for Future zum Beispiel, die sich nicht länger mit Ausflüchten und dem Verweis auf vermeintliche Sachzwänge abspesen lassen wollen.

Eine kritische Öffentlichkeit, die sich von der Idee menschenwürdiger Lebensumstände für

alle nicht abbringen lassen will, muss den politischen Stillstand herausfordern. Dazu freilich bedarf es mehr, als das Nachjustieren von ein paar Stellschrauben. Gefordert sind Ideen, die ein grundsätzliches Umsteuern provozieren. Ideen, wie dem Bedürfnis nach Existenzsicherung und selbstbestimmter Zukunft unter globalisierten Produktions- und Lebensumständen entsprochen werden kann.

Denn das Unbehagen, das viele Menschen verspüren, ist ein strukturelles, das durch den Globalisierungsprozess selbst hervorgerufen wird. Immer schwerer fällt es heute den Einzelnen, aus lokalen Erfahrungen ein Verständnis für die globalen Zusammenhänge zu entwickeln. Umso bedeutender werden globale Institutionen, die für eine menschenwürdige Gestaltung der näher zusammengedrängten Welt sorgen. Notwendig sind verbindliche multilaterale Übereinkünfte, wie weltweit geltende Arbeits- und Sozialstandards, leistungsfähige UN-Strukturen, die nicht erst dann aktiv werden, wenn die Krise unübersehbar geworden ist, und deshalb auch neue transnationale Institutionen, die über einen globalen Ausgleich allen Menschen an allen Orten der Welt ein Höchstmaß an sozialer Sicherung gewährleisten.

Ausgangspunkt für eine sozial-ökologische Transformation ist die Neubestimmung und schließlich auch Neuverteilung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Die rasant voranschreitende Automatisierung der Produktion müsste dabei keineswegs als Fluch begriffen werden. Sie verdeutlicht nur, wie nahe ökonomische Verhältnisse sind, in denen der Arbeitszwang als Grundlage von Existenzsicherung gelockert werden könnte. Notwendig ist ein Begriff von Arbeit, der das gesamte Spektrum notwendiger Arbeit im Blick behält: die Erziehung von Kindern, die Hausarbeit, die Arbeit in Bürgerinitiativen und kulturellen Projekten, die Nachbarschaftshilfe und nicht

zuletzt das Engagement von sozialen und Umweltaktivisten, die heute mit der Kontrolle und Beseitigung jener Schäden beschäftigt sind, die die Arbeit der sogenannten „Leistungsträger“ tagtäglich anrichtet.

Verbindendes Prinzip solcher Arbeit ist nicht das Streben nach Profit, sondern die Sorge für-

Ein Ausweg ist die parallele Verwirklichung von Grundeinkommen und sozialer Infrastruktur. Und zwar über alle Grenzen hinweg im Globalen.

einander und die Umwelt. Nur eine „Care-Revolution“ könne eine solidarische Lebensweise durchsetzen, so die Hamburger Sozialwissenschaftlerin Gabriele Winker.

Dort, wo herkömmliche Lohnarbeitsverhältnisse brüchig und von informellen Beschäftigungsverhältnissen abgelöst werden bzw. – wie in vielen Ländern des Südens – nie von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung waren, kann Daseinsvorsorge nicht an Einkommen aus Lohnarbeit gekoppelt sein. Unter solchen Umständen bedarf es zur Existenzsicherung anderer Zugänge. Notwendig ist einerseits ein universelles Grundeinkommen, das so bemessen sein muss, dass es allen Menschen ein würdevolles Leben sichert, und andererseits eine soziale Infrastruktur, die Grundlagen für eine an den Rechten der Menschen orientierte Gesellschaftlichkeit schafft und dabei nicht am bedürftigen Individuum ansetzt.

Erst eine solche soziale Infrastruktur, die allen einen von privater Kaufkraft unabhängigen Zugang zu Gesundheit, Bildung, Kultur und Mobi-



lität sichert, würde aus der Idee eines Grundeinkommens mehr machen als ein Instrument zur Ruhigstellung von sozial Marginalisierten. Nur so kann das Grundeinkommen der individuellen Bedürfnissicherung jenseits kollektiver Grundversorgung dienen – ganz im Sinne der Menschenrechte, die beides, die Entfaltung der Persönlichkeit und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zum Ziel haben.

Politik, die eine Lebensweise befördern will, die ihre sozialen und ökologischen Kosten nicht externalisiert, kann gar nicht anders als auf die parallele Verwirklichung von Grundeinkommen und sozialer Infrastruktur zu drängen. Und zwar über alle Grenzen hinweg im Globalen.

Bestandteil solcher neu zu schaffender globaler Institutionen der Gerechtigkeit wäre beispielsweise eine globale Bürgerversicherung, die sich auf drei Grundsätze gründet: Erstens auf den Grundsatz der Solidarität, der wirtschaftlich stärkere Länder dazu verpflichtet, auch für die Rechte und Bedürfnisse der Bevölkerungen schwächerer Länder einzustehen und so die Ideologie des Neoliberalismus und des Egoismus herausfordert. Zweitens auf das Prinzip öffentlicher Verantwortung. Und drittens auf den Grundsatz der Globalität, ohne den die Welt Gefahr läuft, gewaltförmig auseinanderzufallen.

Ohne globale Institutionen, die für Ausgleich und den Schutz der Würde aller sorgen, drohen die Menschenrechte zu Luxusgütern zu verkümmern, die sich nur einige wenige Privilegierte leisten können und vielen anderen verwehrt bleiben. Zu erlernen und mit praktischer Politik zu fördern, ist, so die Soziologin Sabine Hark, „ein Ethos der Solidarität, das sich auch an die richtet, die wir nicht kennen, nicht durchschauen, mit denen wir nichts zu tun haben wollen“. Im Sinne eines überfälligen

Weltweit-Werdens der Welt ist Solidarität heute nur noch kosmopolitisch zu verwirklichen.

Die Arbeit an der Alternative verlangt nicht alleine nach lokalen Nischen, sondern auch nach großen Lösungen. Weder dem Klimawandel, noch den großen sozialen Herausforderungen ist mit einer im Nationalen verhafteten Politik beizukommen. Und eben das ist die Stelle, an der sich linke Politik heute neu konstituieren muss und beweisen kann. Mit überzeugenden Ideen, wie die globalen Verhältnisse zum Wohle aller vergesellschaftet werden können.

In der sozialpolitischen „Regelung der menschlichen Angelegenheiten nach kollektiven Maßstäben“, sieht Oskar Negt den Kern jedes utopischen Denkens. Das Reich der Freiheit entsteht nicht über bloße Modernisierung einer unheilverollen Tendenz, sondern über den Ausgleich zwischen den Rechten und Bedürfnissen einer und eines jeden Einzelnen und dem solidarischen Ganzen, ohne den Gesellschaftlichkeit nicht gelingen kann.



Thomas Gebauer, langjähriger Geschäftsführer von medico international, ist heute Sprecher der medico-Stiftung.

# Kafkaesker

Mit Jean Ziegler im Auffangl



Gemeinsam mit medico und Pro Asyl besuchte der 85-Jährige Ende Mai 2019 das Auffanglager in Griechenland.

# Albtraum

ager Moria auf Lesbos



## Die Lage in den griechischen „Hotspots“ soll vor dem UN-Menschenrechtsrat thematisiert werden

### Von Alexander Behr

Nur wenige Kilometer trennen die griechische Insel Lesbos vom türkischen Festland. Von den Strandbars und Restaurants der Hauptstadt Mytilini kann man abends die Lichter auf der türkischen Seite der Ägäis sehen. Im Schutz der Dunkelheit starten fast täglich Boote mit Schutzsuchenden vom türkischen Festland und versuchen, Lesbos zu erreichen. Im Unterschied zum Jahr 2015, als regelmäßig auch untermtags zahlreiche Boote an den Küsten der Insel anlegten, ist es heute weit schwieriger, die Meerenge zu durchqueren. Spätestens seit dem EU-Türkei-Deal vom März 2016 setzen die türkische und die griechische Küstenwache, aber auch die europäische Grenzschutzagentur Frontex und Einheiten der NATO, einiges daran, die Grenze rigoros zu schließen. Laut Deal müssen alle „irregulären Migranten“, die ab dem 20. März 2016 von der Türkei auf die griechischen Inseln gelangen, in die Türkei zurückgeführt werden. Die griechische Insel Lesbos ist wohl der Ort, an dem sich die hochproblematischen Konsequenzen des EU-Türkei-Deals am offensichtlichsten abzeichnen. Ende Mai hat eine internationale Menschenrechts-Delegation, an der neben Vertreterinnen und Vertretern von medico international und Pro Asyl auch der bekannte UNO-Funktionär und Soziologe Jean Ziegler teilnahm, die Insel besucht.

Das beschauliche Dorf Moria ist von Mytilini aus in einer knappen Viertelstunde mit dem Auto zu erreichen. Seit in einem alten Militärlager am

Rande des Dorfes Geflüchtete untergebracht sind, hat sich hier einiges geändert. Im Jahr 2016, nach Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens, lebten zeitweise mehr als 10.000 Menschen hier. Zum Zeitpunkt unseres Besuchs liegt die Belegung des Camps bei exakt 4.390 Personen – das sind noch immer beinahe doppelt so viele wie offiziell vorgesehen. Das Gelände des offiziellen Camps umfasst viereinhalb Hektar, also etwas mehr als sechs Fußballfelder. Rund herum haben sich informelle Siedlungen ausgebreitet. Die humanitäre Situation ist sowohl im offiziellen Camp als auch in den informellen Siedlungen katastrophal. Während im Inneren des Lagers Container und große Zelte aufgestellt wurden, leben die Menschen in den informellen Siedlungen in improvisierten Hütten aus Plastik-, Karton- und Holzresten.

### Miserable Versorgung

Noch kurz vor dem Besuch ist nicht klar, ob die Delegation Zutritt zum Camp bekommen wird. Doch dann werden wir zu unserer Überraschung einfach am Lagertor durchgewunken. Unsere Delegation trifft eine 26-jährige Frau aus der westafghanischen Stadt Herat, die mit ihrem Mann und ihrer vierjährigen Tochter hier ist. Die Familie ist in einem der vielen Baucontainer untergebracht, der ihnen nicht mehr als sechs Quadratmeter Wohnraum bietet – notdürftig mit Decken vom Wohnraum einer anderen Familie

abgetrennt. Aus alten Plastikkisten wurden Regale gezimmert, ein Stockbett nimmt fast ein Drittel des Raumes ein.

Jean Ziegler stellt der Familie Fragen und macht sich Notizen. Die junge Frau aus Afghanistan berichtet, sie habe schwere gesundheitliche Probleme. Sie ist im achten Monat schwanger und hat große Angst vor der Entbindung. Im Iran hatte sie sich einer schwierigen Operation unterziehen müssen. Sie und ihr Mann lebten dort ohne gültige Aufenthaltsdokumente. Sie arbeiteten illegal, wurden schlecht oder gar nicht bezahlt und kamen aufgrund der fehlenden Papiere ins Gefängnis. Deshalb seien sie schließlich aus dem Iran über die Türkei hierher geflohen. Hier im Camp gebe es keine Möglichkeit, die Schwangerschaft weiter zu begleiten. Das Essen und die medizinische Versorgung seien vollkommen unzureichend, das Gedränge bei der Essensausgabe oft schrecklich. Nicht selten komme es vor, dass hundert oder zweihundert Menschen einfach nichts bekämen.

### Improvisiertes Leben

Wir setzen unseren Besuch fort und gelangen in die informellen Siedlungen, die rund um das offizielle Camp entstanden sind, im „Olive Grove“, wie die Bewohnerinnen und Bewohner sagen, also im Olivenhain. Rund 2.000 Menschen leben derzeit hier in Elendsbehausungen. Am höchsten Punkt des steilen Hügels, auf dem das Camp Moria angelegt ist, haben Geflüchtete aus Afghanistan einen eindrucksvollen Tonofen in die Erde eingelassen. Hier wird Nan-Brot gebacken, das afghanische Fladenbrot, und dann für 50 Cent das Stück verkauft. Das Essen im Camp gilt als ungenießbar und vollkommen unzureichend. Viele meinen, das sei Teil der Abschreckungsstrategie: Die Menschen sollen sich in Moria nicht von der Flucht erholen kön-

nen, und sie sollen sich schon gar nicht wohlfühlen.

Die Anwältin Natassa Strachini aus Lesbos, die für die u.a. von medico geförderte Pro-Asyl-Partnerorganisation Refugee Support Aegean (RSA) arbeitet, ist Teil unserer Delegation. Sie übt scharfe Kritik am EU-Türkei-Deal. Das Abkommen hat eine Art Residenzpflicht installiert. Die fünf griechischen Inseln Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos wurden so in riesige Gefängnisse für Zehntausende Menschen verwandelt. Das Zauberwort, auf dem alles hier beruht, heißt „vulnerability“, also Verletzlichkeit. Wer als „verletzlich“ anerkannt wird, hat Chancen, aufs Festland transferiert zu werden und Zugang zu einem ordentlichen Asylverfahren zu bekommen. Unbegleitete minderjährige Flüchtende, schwangere Frauen, Folteropfer, Opfer von Schiffbrüchen oder von Menschenhandel werden potentiell als vulnerabel anerkannt. Das griechische Gesundheitsministerium entscheidet mit einem notorisch unterbesetzten Team über die Vulnerabilität und damit über die Zukunft der Geflüchteten. Das kann Monate, wenn nicht gar Jahre dauern.

### Organisierte Verantwortungslosigkeit

Das Modell Moria ist offensichtlich gänzlich ungeeignet, um vielfach traumatisierte Menschen auf der Flucht unter würdigen oder auch nur halbwegs akzeptablen Bedingungen unterzubringen und zu versorgen. Der Großteil der Flüchtenden, die hier leben, kommt aus Kriegs- und Krisengebieten wie Afghanistan, Syrien, Irak, Palästina, dem Kongo oder Eritrea. Der Krieg ist oftmals die erste Quelle für psychische Probleme und Traumata. Die zweite Quelle ist die Flucht selbst; also der Umstand, dass Menschen unter lebensgefährlichen Bedingungen versuchen, an einen



sicheren Ort zu gelangen. Zu all dem kommen dann noch die bewusst herbeigeführten miserablen Bedingungen in Moria. Ausbrüche von Gewalt sind da fast vorprogrammiert.

Im Laufe der Delegationsreise verfestigt sich der Eindruck, dass die Menschen, die auf den griechischen Inseln stranden, in einem kafkaesken Albtraum gefangen sind. Es herrscht ein bürokratisches Durcheinander, dem sich niemand entziehen kann. Dabei spielt das European Asylum Support Office (EASO) eine zentrale Rolle. Es hat die Aufgabe, die griechischen Behörden bei der Abwicklung der Asylverfahren zu unterstützen. Im Camp Moria ist ihr Bereich mit unüberwindbaren Zäunen vom restlichen Campareal abgetrennt. Jenseits dessen ist eine unübersichtliche Anzahl an griechischen und internationalen Organisationen im Lager aktiv. Von Frontex über die IOM, den UNHCR und zahlreiche NGOs, die den Asylbehörden oftmals kritiklos zuarbeiten. Es herrscht eine organisierte Verantwortungslosigkeit: Die Lagerleitung spricht von begrenzten Ressourcen, der Bürgermeister macht die Regierung verantwortlich, die Regierung die EU und die EU wiederum Griechenland.

### Es geht auch anders

Doch auf Lesbos gibt es auch Beispiele, wie es anders laufen kann. Wir besuchen das Art Hope Center, das nur wenige Autominuten vom Camp Moria entfernt liegt. Freiwillige aus ganz Europa haben gemeinsam mit Schutzsuchenden Ende 2017 dieses selbstverwaltete Kulturzentrum gegründet. Auf Spendenbasis wurden drei große Warenhäuser angemietet, von deren Vorplatz aus man direkt aufs Meer blickt. Jeden Tag kommen 150 bis 200 Menschen aus dem Camp in Moria hierher. Sie sind dringend auf Hilfsgüter angewiesen. Doch mindestens genauso wichtig ist es, von der Tristesse des Lagerlebens abge-

lenkt zu werden und der Lebenszeit, über die man verfügt, einen Sinn zu geben. Deshalb wird das Kulturangebot des Art Hope Center auch so gut angenommen. Der Ort, der den Charme einer Industriebrache ausstrahlt, ist belebt. Während wir das Gelände besuchen, findet eine Theaterprobe statt, andere malen Bilder oder machen Musik. Ein weiterer Ort der Hoffnung ist das selbstverwaltete Restaurant „Nan“ in der Innenstadt von Mytilini. Benannt wurde es nach dem Fladenbrot, das auch am Hügel von Moria gebacken wird. Doch hier arbeiten Geflüchtete mit Bewohnerinnen und Bewohnern von Lesbos Seite an Seite. Es geht also auch anders.

Doch was nützt solch eine Delegationsreise? Wie sieht die Arbeit von Jean Ziegler, der sich im Namen des beratenden Ausschusses des Menschenrechtsrats der UNO nach Lesbos aufgemacht hat, konkret aus? Jean Ziegler fasst seine Handlungsmöglichkeiten wie folgt zusammen: Der Menschenrechtsrat, der nach der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat die dritt wichtigste Instanz der UNO ist, hat die Aufgabe, die Menschenrechte in den 193 Mitgliedsstaaten zu prüfen und die Staaten gegebenenfalls zu sanktionieren. Der Rat besteht aus Botschafterinnen und Botschaftern, die einen Beirat von Expertinnen und Experten um sich haben. Jean Ziegler ist Vizepräsident dieses Beirats und somit einer der Experten. Seine Aufgabe besteht darin, die Lage in Moria zu prüfen, einen Bericht mit Empfehlungen an den Beirat zu formulieren und die konkreten Menschenrechtsverletzungen zu benennen, die hier verübt werden. Danach verabschiedet der Beirat eine Resolution und fordert vom Menschenrechtsrat, tätig zu werden, um die Menschenrechtsverletzungen zu beenden. Dies würde laut Ziegler konkret bedeuten, das Camp in Moria zu schließen, die Menschen aufs Festland zu transferieren und von dort eine solidarische Aufteilung auf alle Länder Europas zu erwirken.

Die völkerrechtlichen Instrumentarien, Moria zu schließen, sind also potentiell vorhanden. Letztlich wird dieses Ansinnen aber nur gelingen, wenn unterschiedliche fortschrittliche Kräfte Synergien entwickeln: Basisinitiativen vor Ort wie die NGO Refugee Support Aegean oder das Art Hope Center müssen politisch und finanziell unterstützt werden. Das skandalöse Sterben-Lassen auf den Fluchtrouten muss ein Ende haben ebenso wie die Kriminalisierung der Retterinnen und Retter. In den mächtigen zentral-europäischen Ländern müssen die breiten Solidaritätsbewegungen gestärkt werden, die sich für die Aufnahme von Schutzsuchenden in Städten und Kommunen einsetzen. Und nicht zuletzt müssen alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden, sei es, wie Jean Ziegler fordert, auf der Ebene der internationalen Institutionen oder auf der Ebene der einzelnen Staaten, um das Recht auf Asyl zu verteidigen. Die schlimme Lage der Schutzsuchenden auf den griechischen Inseln sollte für uns alle ein Weckruf sein.

Die Rechtsanwältinnen, Sozialarbeiterinnen und Dolmetscher von Pro Asyl-Refugee Support Aegean kümmern sich auf den griechischen Inseln um Geflüchtete und leisten Rechtsbeistand.

**Spendenstichwort: Flucht und Migration**



Alexander Behr lebt als Übersetzer, Journalist und Lektor in Wien und begleitete die Delegation nach Lesbos.



Jean Ziegler sucht das Gespräch mit Geflüchteten. Derzeit stellen Afghanen, viele davon aus dem Iran, die größte Gruppe in Moria.



Da die Kapazitäten im offiziellen Teil des Lagers erschöpft sind, behelfen sich mehr als tausend Flüchtlinge mit improvisierten Elendsbehausungen in den umliegenden Olivenhainen.

# Im Zentrum der Begehrlichkeiten

Wie Europa in der Sahelzone Terror bekämpft und zugleich von ihm profitiert

Von Moussa Tchangari

Knapp 60 Jahre sind vergangen, seit die Staaten der Sahelzone ihre Unabhängigkeit erlangt haben. Trotz vieler Probleme ist es einigen Ländern der Region, die sich von den Kapverdischen Inseln bis zum Tschad erstreckt, gelungen, einen Rechtsstaat aufzubauen, der die grundlegenden Menschenrechte anerkennt. Seit den 2.000er Jahren aber wird die Region mehr und mehr zum Schauplatz bewaffneter Konflikte. Kaum ein Land ist verschont geblieben. Dass Anschläge in den Hauptstädten verübt werden, dass Regierungstruppen die Kontrolle über große Teile des Landes verlieren, dass Kräfte von außen zu Hilfe gerufen werden – all das sind neue Phänomene. Die Machtzunahme bewaffneter Gruppen, seien es dschihadistische oder andere, bereitet in der Tat Sorgen. Perspektivlosigkeit und Ungerechtigkeit gepaart mit dem Gefühl, dass grundlegende Veränderungen auf friedliche Art und Weise nicht möglich sind, führt die Jugend der Sahelzone in Versuchung, auf Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung zurückzugreifen.

Die Demokratisierung hat ihre Versprechen nicht gehalten: Weder ist der öffentliche Raum befriedet noch sind Perspektiven auf ein besseres Leben für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung geschaffen worden. In der Volks-

gruppe der Hausa sagt man: „Das Make-up deckt nicht einmal die Kosten der Seife.“ Drei Jahrzehnte der Bemühung um Demokratisierung haben nicht gereicht, das Vermächtnis einer politischen Kultur des zivil-militärischen Autoritarismus zu begraben. Die demokratischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte haben die Anwendung von Gewalt, auch von staatlicher Seite, kaum reduziert. Trotz der durch den Rechtsstaat auferlegten Grenzen und eines

Die Demokratisierung hat ihre Versprechen nicht gehalten.

stärker werdenden Widerstands von Seiten der Zivilbevölkerung bleiben viele Machthaber – selbst jene, die ihre Legitimität aus Wahlen ableiten – einer Logik der Gewalt verhaftet. Diese stattet staatliche Akteure mit Möglichkeiten aus, die ihnen kein Gesetz verschaffen kann. Auch die Korruption hat einen Höhepunkt erreicht. Es gibt nur wenige Länder wie Kap Verde, die ermutigende Entwicklungen vorweisen können. In weiten Teilen der Region, so sagt es der kamerunische Intellektuelle Achille Mbembe,



„sind Wahlen zu einem Instrument der Spaltung geworden“. Es sei noch ein weiter Weg zur „Demilitarisierung der Politik“, also der Trennung zwischen „der Kunst Politik zu machen und der Kunst Krieg zu führen“.

Die institutionellen Mechanismen haben im Zuge der gewaltsamen Konflikte der letzten Jahre an Wirksamkeit verloren. Angesichts einer sich mehr und mehr verselbstständigenden Exekutive gelingt es der eigentlich unabhängigen Justiz kaum noch, einen Rahmen für die Bewältigung gesellschaftlicher Konflikte zu bilden. Studien zeigen, dass Justiz und Sicherheit die am stärksten korruptierten Bereiche in der Sahelzone sind. All das lässt in der Bevölkerung Misstrauen und ein Gefühl der Unsicherheit wachsen. Hinzu kommt, dass traditionelle Autoritäten, die respektiert wurden, weil sie sozialen Zusammenhalt und Stabilität sichern konnten, zunehmend an Einfluss verlieren, mal wegen ihrer vermuteten oder erwiesenen Nähe zu als korrupt geltenden Machthabern, mal wegen ihrer Unfähigkeit, sich diesen gegenüber durchzusetzen. Das trägt dazu bei, dass die lokalen Gemeinden dem anschwellenden religiösen Fundamentalismus und der Kultur der Gewalt wenig entgegenzusetzen vermögen.

Nichtstaatliche Akteure – seien es traditionelle oder religiöse Autoritäten, zivilgesellschaftliche Organisationen oder Medien – unternehmen zwar enorme Anstrengungen, auch in der zivilen Konfliktbearbeitung. Ihr Einfluss ist aber begrenzt. Das liegt zum einen daran, dass ihnen trotz anderslautender Rhetorik immer wieder Steine in den Weg gelegt werden. Solange Regierungen und ihre Sicherheitspolitik zivilgesellschaftliche Initiativen behindern und einschränken, können diese wenig gegen die allgegenwärtige Gewalt bewirken. Hinzu kommt: Lassen sich NGOs in staatliche Strukturen einbinden, schadet das ihrem Ansehen und ihrer Akzeptanz. Sie gelten als Erfüllungsgehil-

fen fremder Interessen oder ihnen wird Eigennutz unterstellt.

Ein militärischer Sieg über die bewaffneten Gruppen im Niger und in Mali ist in weite Ferne gerückt. Doch trotz jahrelanger bewaffneter Auseinandersetzungen ist ein Dialog mit ihnen – mit Ausnahme der Unabhängigkeitsbewegungen im Norden Malis – weiterhin Tabu. Die sich

Wahlen sind zu einem  
Instrument der Spaltung  
geworden.

gegenüberstehenden Kriegsparteien, also nationale Regierungen und bewaffnete Gruppen, sind Gefangene im doppelten Sinne: Auf der einen Seite stecken sie in ihren politischen Rechtfertigungen und Weltanschauungen fest. Auf der anderen Seite haben sie sich von externen Kräften abhängig gemacht, die durch den Krieg wenig zu verlieren, durch seine Fortsetzung aber viel zu gewinnen haben. Vor allem westliche Mächte nehmen Einfluss auf die Entscheidungen, wie die Kriege in der Sahelregion geführt werden. So sind die gewaltsamen Auseinandersetzungen für Frankreich ein wahrer Glücksfall: Die ehemalige Kolonialmacht konnte Militärbasen in Mali, im Niger und in Burkina Faso wieder besetzen und alte Macht zurücklangen.

Zugleich mischen sich inzwischen auch die US-amerikanische, deutsche, italienische und chinesische Regierung in der Sahelregion ein. Zwar ist es dank der internationalen Militärkräfte im Norden von Mali gelungen, dschihadistische Gruppen zurückzudrängen. Jedoch wurde weder die territoriale Integrität wiederhergestellt noch konnte verhindert werden, dass die Unsicherheit auf die Nachbarländer übergreift.

So ist die ausländische Militärpräsenz zu einer neuerlich frustrierenden Erfahrung in der Sahelzone geworden. Die Zivilbevölkerung glaubt ohnehin, dass die Bekämpfung von terroristischen Gruppen nur ein Vorwand ist. Sie unterstellen dem Westen, die Länder der Sahelregion sowie Libyen und Nigeria rekolonisieren und balkanisieren zu wollen.

Ohne Zweifel ist die Region in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem Schauplatz des Machtkampfes zwischen Großmächten geworden. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terror haben neben europäischen Regierungen auch die USA Militärkräfte dort stationiert. China konzentriert sich auf die Ausbeutung der Bodenschätze. So haben chinesische Unternehmen Verträge mit Nigeria, Kamerun und der Zentralafrikanischen Republik über die Gewinnung von Erdöl geschlossen. Die Sicherheitskrise der Sahelzone bietet dem Westen die Möglichkeit, den chinesischen Vormarsch zu stoppen und gleichzeitig Macht über die Länder der Sahelregion [zurück] zu erlangen. Die Schwäche der Länder – politisch wie wirtschaftlich – bietet beste Voraussetzungen, eigene Interessen geltend zu machen. So konnten sie in den vergangenen Jahren auch ohne nennenswerten Widerstand in die Externalisierung der Migrationspolitik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten eingebunden werden. Im Niger ist Migration auf Druck der EU zum Beispiel gesetzlich kriminalisiert worden, zudem sind Aufnahmelager geschaffen worden. Beides zieht grobe Verletzungen der Menschenrechte nach sich.

Auch die herrschenden Eliten verfolgen eigene Interessen. Ihnen geht es in erster Linie darum, sich weiterhin ihren Anteil an der Plünderung der Rohstoffe zu sichern. Gefahr droht am ehesten durch die eigenen Streitkräfte, das Misstrauen gegenüber deren Loyalität ist hoch. Daher kommt den Regierenden in Mali und in

Niger die ausländische Militärpräsenz durchaus gelegen, bietet diese doch Schutz vor einem Militärputsch.

Ein echtes Interesse an einem militärischen Sieg über die Terrorgruppen hat niemand. Solange die Kämpfe andauern, sichern sie ausländischen Mächten Einfluss in rohstoffreichen Regionen. Die korrupten Eliten sind auf ihre Unterstützung angewiesen. Entsprechend scheinen die Militäroperationen eher dazu angelegt, den geografischen Einfluss der Dschihadisten zu begrenzen als sie dauerhaft zu besiegen. Heute dient die Existenz der bewaffneten Terrorgruppen als Rechtfertigung für eine ausländische Militärpräsenz. In Zukunft könnten sie ein Mittel sein, um jedwedes Bestreben nach politischer Veränderung, das zu einem Machtverlust der nationalen Regierungen und der Großmächte führen könnte, zu unterdrücken.

**Mit Partnerorganisationen in Mali, Mauretanien, Niger und Sierra Leone ist Westafrika für medico zu einer zentralen Projektregion geworden. Die Arbeit der Organisation Alternative Espaces Citoyens in Niger unterstützt medico seit 2018, zum Beispiel das Projekt „Alarmphone Sahara“, das die Rettung von in der Sahara gestrandeten Migrantinnen und Migranten organisiert.**

**Spendenstichwort: Flucht und Migration**



Der Bürgerrechtler Moussa Tchangari ist Generalsekretär der nigrischen Journalistenvereinigung Alternative Espaces Citoyens, die dem von medico geförderten Partnernetzwerk in Westafrika angehört.



Die 22-jährige Architekturstudentin Alaa Salah wurde zum Symbol der Proteste im Sudan.

## GRENZSCHUTZ STATT DEMOKRATIE

Die EU trägt Mitverantwortung für die Repression gegen die Protestierenden im Sudan

„Khartoum-Prozess“ wird die Einbindung der Staaten Ostafrikas in das europäische Grenzregime seit 2014 genannt. Dabei scheut die Europäische Union auch Kooperationen mit diktatorisch regierten Ländern wie Eritrea oder Sudan nicht, um Flucht und Migration nach Europa einzudämmen. Nun finden in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum seit Monaten Proteste statt, zuerst gegen den langjährigen Gewaltherrscher Omar al-Bashir und anschließend gegen das Militär, das nach dem Sturz al-Bashirs die Führung an sich gerissen hat. Anfang Juni 2019 wurde die Demokratiebewegung schließlich brutal niedergeschlagen. Die Sicherheitskräfte schossen auf Demonstranten und Demonstrantinnen, zündeten Zelte in Protestcamps an und vergewaltigten zahlreiche oppositionelle Frauen und Mädchen.

Verantwortlich für das Massaker vom 3. Juni 2019 sind vor allem die „Rapid Support Forces“ (RSF). Die RSF bestehen größtenteils aus Kämpfern der Dschandschawid, einer brutalen Reitermiliz, die übelste Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung in Darfur verübt hat. 2003 wurde sie von Omar al-Bashir in Dienst genommen, um in Darfur Rebellen zu bekämpfen. Im Jahr 2009 erließ der Internationale Strafgerichtshof deswegen Haftbefehl gegen ihn. Wenige Jahre später präsentierte sich der Kommandant der RSF, Mohammed Hamdan Daglo alias „Hemedti“, als williger Vollstrecker der europäischen Migrationspolitik, bereit, in den Grenzregionen zu Tschad, Libyen und Ägypten mit allen Mitteln gegen Flüchtlinge und Migranten vorzugehen. Inzwischen ist der skrupellose Opportunist die Nummer zwei im militärischen Übergangsrat. Nach der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung befürchten nun viele, dass er zum nächsten Diktator Sudans werden wird.

An dieser Entwicklung ist die EU nicht unschuldig: Der Sudan war lange Zeit eines der wichtigsten Transitländer für Flüchtlinge aus Eritrea und anderen Ländern am Horn von Afrika. Infolge des Drucks aus Brüssel wurden Flucht und Migration Richtung Norden jedoch zunehmend kriminalisiert und verhindert. Dafür hat die EU dem afrikanischen Staat in den letzten Jahren mehrere Hundert Millionen Euro zukommen lassen und in Kauf genommen, dass Kriegsverbrecher wie die RSF für den Grenzschutz sorgen. Genau jene also, die jetzt die Demokratiebewegung niederschlagen. Die EU hat damit einmal mehr gezeigt, dass ihr weder an Menschenrechten noch an Demokratie gelegen ist, solange die Zahl der Flüchtlinge und Migranten zurückgeht, die Europa lebend erreichen.

Ramona Lenz

# Aufgeben gibt es nicht



Foto: medico

„Unser Land ist mit Steinbrocken bedeckt, die Wasserquellen sind vergiftet, unsere Häuser werden von Explosionen erschüttert.“ Anwohnerinnen, die vom Diamantenabbau betroffen sind, reichen Klage ein.

## Klage gegen Diamantenfirma und Fortbildung zum Abschiebesystem – medico-Partner in Sierra Leone suchen Wege aus der Niedergeschlagenheit

### Von Usche Merk

Es ist heiß und eng in dem kleinen Büro, das zum Workshopraum umgewandelt wurde. Alle brauchen eine Pause. Edward möchte noch schnell ein Foto machen. „Kann ich das auf meine Facebook-Seite stellen?“, fragt er. In der Mittagspause kommt M. vorbei, Daramy begrüßt ihn herzlich und klopf ihm auf die Schulter. „Ihm geht es nicht gut,“ erklärt er mir, „es ist ein dauerndes Auf und Ab, er ist nicht mehr richtig im Kopf seit der Abschiebung.“

Ich bin in Freetown bei der Selbsthilfegruppe für ehemalige Asylsuchende, die nun in der Hauptstadt von Sierra Leone gestrandet sind. NEAS wird von medico schon seit vielen Jahren gefördert, auch deshalb, weil die Gruppe anfangs von aus Deutschland Abgeschobenen initiiert wurde. Viele haben Kinder, zu denen sie keinen Kontakt mehr haben. So auch Abdulay Daramy, der Leiter der Gruppe. Sein Sohn ist jetzt 18 und gerade von Hamburg nach Oldenburg gezogen. „Er ist ein leidenschaftlicher Basketballspieler und dort im Verein“, erzählt Daramy. Er hat seinen Sohn seit dem achten Geburtstag nicht mehr gesehen. Daramy wurde zweimal abgeschoben. Als er sich wehrte, brachen sie ihm seine Hand.

Daramy begrüßt die rund 25 Anwesenden, die zum Workshop gekommen sind. Heute ist der dritte Tag einer Fortbildung über Flucht und Migrationspolitik, über die Genfer Flüchtlingskonvention, über Frontex und das europäische

Migrationsregime, über internationale Organisationen im Flucht- und Migrationskontext wie UNHCR und IOM. Ich informiere über das neue Gesetz zur „geordneten Rückkehr“ in Deutschland, das Abschiebungen beschleunigen soll, über die Abschiebehafzentren und die Proteste, die in Deutschland dagegen organisiert werden. Außerdem schauen wir gemeinsam den Film „Im Kreis – Afghanistan ist nicht sicher“, der über Abschiebungen nach Afghanistan berichtet. Der Film zeigt auch eine Demonstration in Hamburg, die sich unter dem Motto „We'll come united“ gegen die Abschiebung afghanischer Geflüchtete wendet. Plötzlich ist ein Stück Welt in diesem Büro. „Ja, vereint müssen wir sein“, sagt Edward Kallon, „sonst sind wir verloren.“ Er wurde vor zwei Jahren aus den USA abgeschoben, wo er über zwanzig Jahre gelebt hatte. Als Jugendlicher kam er dorthin, aber unter Trump haben sich die Abschiebungen aus den USA mehr als verdoppelt. Im tiefsten amerikanischen Englisch sagt er: „Hey Daramy, als du mich damals am Flughafen empfangen hast, hast du mich gerettet.“ Und: „You made me feel belong.“ NEAS ist seine Bezugsgruppe geworden, denn eine Familie hat er in Sierra Leone nicht mehr.

Die Gruppe diskutiert, was sie von der sierraleonischen Regierung in Bezug auf Migrationspolitik fordern sollen. „Wir brauchen eine Policy, wie mit Rückkehrern umgegangen wird, es muss ein Programm geben, das sie auffängt

und wieder integriert. Es kann nicht sein, dass wir als NEAS das alleine machen“, meint einer. Andere geben zu bedenken, dass es nicht darum gehen dürfe, die Infrastruktur für Abschiebungen zu verbessern. Daramy steht auf und sagt voller Leidenschaft: „Wir lehnen Abschiebungen ab. Es sind Menschenrechtsverletzungen. Wir müssen unsere Regierung dazu bringen, sich nicht daran zu beteiligen, in dem sie Papiere ausstellt oder auf andere Weise kooperiert!“

### Koloniale Kontinuitäten

Freetown. Abends im Gästehaus lese ich über diese Stadt mit ihrer völlig schrägen Geschichte zwischen Europa, Afrika und Amerika. Britische Philanthropen schickten 1786 380 freigelassene Sklaven aus Amerika dorthin, als „Dank“, weil sie auf Seiten Großbritanniens im Unabhängigkeitskrieg gekämpft hatten. 122 erlagen schon in den ersten Monaten Krankheiten, die restlichen verhungerten fast, weil sie zur falschen Jahreszeit mit dem falschen Saatgut kamen und nichts anpflanzen konnten. Einige waren so verzweifelt, dass sie für Sklavenschiffe arbeiteten, die an der Küste Menschen nach Amerika verfrachteten. Bunce Island in der Nähe von Freetown war einer der Ausfuhrhäfen für Sklaven, zwischen 1668 und 1807 wurden von hier über 50.000 Menschen vor allem nach Zentral- und Nordamerika verschleppt, wo sie in North Carolina und Georgia, aber auch in Jamaika und Kuba die sogenannten Gullah communities bildeten, deren Sprache Wurzeln in Sierra Leone hat.

Als die Briten sechs Jahre später eine neue Gruppe befreiter Sklaven nach Freetown schickten, gelang es diesen nach harten Kämpfen, dort zu siedeln. Aber statt der versprochenen Eigentumsrechte an Land wurden sie der britischen Sierra Leone Company unter-

stellt und sollten für die Briten Steuern eintreiben. Nach dem Ende der Sklaverei 1807 wurde Sierra Leone britische Kronkolonie. Freigelassene Sklaven von überall, Angola, Senegal, Karibik kamen nach Freetown, zeitweilig wurden hier 200 verschiedene Sprachen gesprochen. Sie bildeten die Struktur der Kolonialverwaltung und sollten britische Interessen vertreten, weil die Kolonialherren die klimatischen Bedingungen in Freetown fürchteten. Um der schwülen Hitze zu entgehen, bauten sich die Briten Häuser weit oben auf dem Berg. Noch heute residieren dort die Reichen, die amerikanische Botschaft, das British Council und andere internationale Organisationen in stattlichen Villen. Unten im Zentrum Freetowns finden sich Holzhäuser im Stil der Karibik. Die Bauweise hatten einst aus Jamaika zurückgekehrte „Maroons“ mitgebracht. In einem solchen Holzhaus ist auch das Büro von NEAS untergebracht.

### Mit den Mitteln des Rechts

Am nächsten Tag besuche ich medicos anderen Projektpartner in Sierra Leone, die Menschenrechtsorganisation NMJD. Diese setzt sich seit vielen Jahren für die Rechte der Landbevölkerung in den Abbaugebieten der Diamantenfirmen ein. Im März 2019 haben sie einen neuen Weg beschritten: Vor dem höchsten Gericht des Landes haben die Gemeinden von Gbense und Tankoro Klage gegen Koidu Ltd., eine der größten Firmen, eingereicht. Sie werfen Koidu Ltd. die Beteiligung an Gewalt, Mord, Umweltschäden und der Zerstörung von Häusern und Feldern vor. Koidu Ltd., das sich inzwischen Octea nennt, ist der Name einer Firma, die von südafrikanischen Söldnern der Executive Outcomes gegründet wurde. Die ehemaligen Spezialeinheiten des Apartheidregimes waren dafür berüchtigt, politische Gegner zu verfolgen. Nach dem Ende der Apart-



heid haben sie sich als privatisierte Einheiten im Bürgerkrieg in Sierra Leone anheuern lassen. Als Gegenleistung für ihren Einsatz gegen Rebellengruppen erhielten sie Diamantenminen und -schürfrechte. Im Laufe der Jahre änderte die Firma immer wieder ihren Namen und ihre komplizierte Besitzstruktur, behielt aber ihren rücksichtslosen Stil der Expansion und Vertreibung lokaler Gemeinden bei. So nehmen sie auf der Suche nach Diamanten in bewohnten Gebieten unterirdische Sprengungen vor.

„Koidu Ltd. hat unser Leben zerstört“, erklärt die Vertreterin der Anwohnerorganisation „Marginalized Affected Property Owners Association“ in der Klageschrift. „Unser Land ist mit Steinbrocken bedeckt und unsere Wasserquellen sind vergiftet. Unsere Häuser werden jeden Tag von Explosionen erschüttert.“ Unter den Klägerinnen sind Frauen, die früher kleine Felder betrieben, ihr Land aber entschädigungslos an die Diamantenmine verloren haben. Proteste wurden brutal niedergeschlagen, mehrere Menschen kamen ums Leben. Beteiligt an der Repression war auch Koidu Ltd. Es gibt also viele Gründe für die jetzige Klage. Und doch ist es außergewöhnlich, dass lokale Gemeinden sich auf diese Weise gegen die mächtigen Bergbauunternehmen wehren und damit auch das eigene Rechtssystem herausfordern. In einem ersten Schritt verlangen die Kläger, dass die Firma, die weltweit vernetzt ist, Transparenz über ihre Teilhaber herstellt, um die Verantwortlichen sichtbar zu machen, anklagen zu können. Joseph Ansumana, einer der NMJD-Kollegen, sagt mir verschmitzt: „Seit wir die Klage eingereicht haben, hat Ocea plötzlich angefangen, in den Bergbaugemeinden Brunnen zu bohren und Frauengruppen zu unterstützen.“ Kürzlich sei ein Vertreter der PR-Abteilung von Ocea zu ihm gekommen und habe gefragt, ob man über die Sache nicht noch mal reden könne. Schließlich habe man doch als Kinder in der gleichen Kirche geses-

sen. „Das habe ich abgelehnt“, so Joseph. „Geredet haben wir die ganzen letzten Jahre, aber Ocea wollte nichts hören und hat seine Sicherheitskräfte gegen die Gemeinden gehetzt. Jetzt klagen wir weiter.“ In Sierra Leone und wenn nötig vor einem westafrikanischen Regionalgericht.

Abu Brima, der Direktor eben jener Menschenrechtsorganisation, langjähriger Aktivist gegen den Ressourcenraub, stellt die Klage gegen die Diamantenfirma zudem in einen großen Kontext und verweist auf die Forderungen nach einem UN-Vertrag, der die Klage gegen Menschenrechtsverbrechen von privaten Firmen als Rechtsinstrument rechtlich bindend verankern soll. Mit großem Interesse verfolgt er die globale Kampagne, an der sich Staaten aus dem Süden genauso beteiligen wie zivilgesellschaftliche Organisationen. Abu Brima berichtet von der langfristigen Planung seiner Organisation, die auf zwei Jahrzehnte gedacht ist. Scherzend meint Brima zu diesem Zeitraum: „Kapitalismus zu bekämpfen ist eben nicht einfach.“

**In Sierra Leone unterstützt medico die Selbsthilfeorganisation von Abgeschobenen, das Network of Ex-Asylum Seekers (NEAS) und die Menschenrechtsorganisation Network Movement for Justice and Development (NMJD).**

**Spendenstichwort: Sierra Leone**



Usche Merk ist bei medico Koordinatorin für Projekte zu Psychosozialer Arbeit sowie Südafrika und Sierra Leone. Der Bericht ist eine Reflektion ihrer Dienstreise im Frühjahr 2019.

# Syrisches Update

## Kein Entkommen aus Idlib und gefangene IS-Kämpfer, die keiner will – Schlaglichter

Huda Khayti ist Ende 30, hat Französisch studiert, für die regierungsnahen Frauenunion und andere staatliche Organisationen gearbeitet, bevor sie ein unabhängiges Frauenzentrum in Douma gründete. Derzeit leitet sie ein Frauenzentrum in der Provinzhauptstadt Idlib, das von 200 Frauen genutzt wird. Das Kursangebot reicht von psychosozialer und juristischer Beratung, bis zu politischer Bildung und beruflicher Ausbildung. Ihr Lebenslauf würde sie ohne weiteres für Arbeiten mit marginalisierten und Gewalt ausgesetzten Frauen überall auf der Welt qualifizieren. Doch wovon dieser Lebenslauf nicht spricht, sind die Umstände, unter denen sich Huda Khayti diese Qualifikationen angeeignet hat. Unter den Bedingungen des syrischen Bürgerkriegs, der sie zwang unter großen Gefahren, Möglichkeiten für eine frauenbefreiende Arbeit auszuloten.

In Douma, einer Großstadt nahe Damaskus, hatten sie und ihre Mitstreiterinnen es über Jahre mit diversen bewaffneten Oppositionsgruppen zu tun, die sich zunehmend islamistisch radikalisierten. Zugleich wurde die Stadt vom Assad-Regime und seinem Bündnispartner Russland immer wieder heftig bombardiert. Zwischen den Bomben von oben und den Gefährdungen durch bewaffnete Milizen am Boden gelang es dem Team, einen halbwegs sicheren Ort für die von allen Seiten bedrohten Frauen aufrechtzuerhalten. Als das Assad-Re-

gime 2018 wieder die Herrschaft über Douma erlangte, flohen Huda und ihre Kolleginnen nach Idlib. Unter Assad droht ihnen Gefängnis, lebenslänglich.

Heute leben in der Provinz Idlib etwa drei Millionen Menschen, die Hälfte von ihnen sind aus anderen Regionen geflohen, Zivilisten und Zivilistinnen wie Huda ebenso wie islamistische Milizen. Die Provinz ist neben dem kurdischen Nordosten die einzige, die bislang nicht unter Kontrolle der Regierung in Damaskus steht. Wie lange noch, weiß keiner. Der südliche Teil wird bereits regelmäßig bombardiert. Über 200.000 Menschen sind bereits in Richtung der hermetisch geschlossenen türkischen Grenze geflohen. Obwohl Idlib unter Kontrolle der islamistischen Miliz HTS steht, die für ihre besondere Radikalität bekannt ist, kann das Frauenzentrum noch immer arbeiten. Das könnte eine gute Nachricht sein. Gerade hat medico neue umfangreiche Projektmaßnahmen zur Unterstützung beschlossen. Doch die militärische Eskalation, die von den Regierungstruppen und ihren Verbündeten systematisch betrieben wird, lässt nichts Gutes für die Zukunft einer unabhängigen Frauenarbeit hoffen, ganz abgesehen von der humanitären Katastrophe, die schon jetzt im Gange ist – mit Hunderttausenden Flüchtlingen, die auch deshalb fliehen, weil sogar Einrichtungen wie Krankenhäuser völkerrechtswidrig gezielt zerstört werden.



**Otrswechsel:** „Diese Bürde können wir nicht alleine tragen.“ Immer wieder richten die Nothelferinnen und -helfer der medico-Partnerorganisation Kurdischer Roter Halbmond aus Nordostsyrien diese Botschaft an die westlichen Regierungen und an die internationale Gemeinschaft. Nach der letzten militärischen Offensive gegen die Terrormiliz IS zu Beginn des Jahres, an der kurdische Kämpferinnen und Kämpfer maßgeblich beteiligt waren,

Verantwortung übernehmen und deutsche IS-Kämpfer zurückholen? Ihre „Ausdeuschung“ ist für die Bundesregierung die bequemere Lösung.

steht der regionalen Selbstverwaltung eine neuerlich gewaltige Aufgabe bevor: Tausende IS-Kämpfer sitzen in Haft, unter ihnen über 2.000 internationale Kämpfer aus über 70 Ländern. In Flüchtlingslagern leben außerdem Tausende ihrer Angehörigen, meist Frauen und Kinder, die unter dem IS aufgewachsen sind. Auch viele der Frauen stammen aus dem Ausland – aus Europa, der arabischen Welt, aber auch aus Russland, Asien und den USA. Was mit ihnen passieren wird, ist völlig unklar.

Die autonome Selbstverwaltung fordert die Rücknahme der ausländischen IS-Leute und ihrer Angehörigen. Das würde eine große Entlastung bedeuten – humanitär wie politisch. Denn neben der Versorgung in den Gefängnissen und Flüchtlingslagern stellen sich dringlich Fragen nach Gerichtsbarkeit, Deradikalisierung und Entschädigung der Opfer. Die hierfür nötigen Ressourcen sind vor Ort aber kaum vorhanden. Umso wichtiger wäre internationale Unterstützung. Die Bundesregierung

aber stellt sich taub. Statt Verantwortung für die eigenen radikalisierten Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen und ihre Rückführung in die Wege zu leiten, brachten der deutsche Innenminister und die Justizministerin die Debatte um die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft ins Spiel: Die „Ausdeuschung“ der IS-Kämpfer und ihrer Angehörigen ist die bequemere Lösung. Die Bundesregierung reagiert nicht einmal auf das Angebot der kurdischen Selbstverwaltung, die Rückführung von deutschen IS-Angehörigen zu organisieren. Vielmehr betont sie, keine konsularische Vertretung in Syrien zu haben und damit auch keine Möglichkeit zu einer offiziellen Kontaktaufnahme. Es sind also Länder wie Sudan, Usbekistan und Indonesien, die ihre Staatsangehörigen zurückholen. Schweden, Frankreich und Belgien schickten Delegationen, die zumindest Waisenkinder abgeholt haben.

Unterdessen leistet der medico-Partner Kurdischer Roter Halbmond im al-Hol-Flüchtlingslager, in das über 50.000 Menschen vor den Kämpfen gegen den IS geflohen sind, die medizinische Erstversorgung. Viele Frauen und Kinder sind mangelernährt, unterkühlt und ausgezehrt hier angekommen – im IS-Kalifat gab es zum Schluss keine Nahrungsmittel mehr. Mit Unterstützung von medico wurde im Lager ein Krankenhaus errichtet, in dem Patientinnen und Patienten nun auch stationär behandelt werden können. Es ist einer der wenigen Lichtblicke in einer extrem schwierigen Situation.

Katja Maurer und Anita Starosta

*Ein ausführliches Interview mit Huda Khayti findet sich unter [www.medico.de/khayti](http://www.medico.de/khayti)*

**Das Spendenstichwort für die gefährdeten Projekte lautet: Syrien**

# Projekte Projektionen

Wege aus der Erstarrung  
Simbabwe: Gemeindearbeit nach dem  
Wirbelsturm

„There's nothing you can say“. In einem Satz erfasst die Mitarbeiterin des Nothilfencamps in Chimanimani die bittere Lage 100 Tage nach Wirbelsturm Idai in der Provinz von Manicaland im Osten Simbabwes. Die Überlebenden sind politischer Willkür ausgesetzt. Sie leben in Zeltlagern unter extrem schlechten Bedingungen, die sanitären Anlagen sind ein einziger Krankheitsherd, Lebensmittel werden nur sporadisch verteilt. Einigen Camps droht die Räumung. Von einem Staat, der – nach einem kurzen Frühling der Post-Mugabe-Ära – einen Großteil der Staatseinnahmen für den eigenen Machterhalt aufwendet, ist nichts Gutes zu erwarten. Die medico-Partnerorganisation Community Working Group on Health setzt auf die größte Kraft, die das Land hat: die Stärke der Gemeinden. Jüngst hat sie 100 Gemeindevertreter und zudem zivilgesellschaftliche Initiativen versammelt, um gemeinsam die Ohnmacht zu überwinden und Forderungen an die Regierung zu stellen. Denn dieser haben sie durchaus vieles zu sagen.



Eine Überlebende von Wirbelsturm Idai spricht.

Spendenstichwort: Südostafrika

## Moderne Sklaverei

Libanon: Schutz und Rechte für migrantische Hausangestellte

Als die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) der UN jüngst in Genf ihren 100. Geburtstag feierte, sagte Gastrednerin Angela Merkel: „Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt.“ Tatsächlich dienen weltweit Menschen nicht nur der Wirtschaft, sondern fernab jeglicher internationaler Arbeitsschutzstandards der ILO als moderne Sklaven unmittelbar ihren „Herren“ – zum Beispiel als entrechtete private Hausangestellte. Allein im Libanon gibt es mindestens 250.000 „Migrant Domestic Workers“, vorwiegend junge Frauen aus Afrika und Asien. Oft wird ihre Arbeit nicht bezahlt, Missbrauch ist an der Tagesordnung, vielen ist „Hausarrest“ auferlegt. Indem Hausherrin und -herr über ihre Pässe verfügen, bestimmen sie über Legalität und Illegalität ihrer „Dienstmädchen“. Deren Situation im Libanon widmet sich jetzt ein von medico gefördertes Projekt der feministischen Organisation Anti-Racism Movement (ARM), die sich seit Jahren für die Rechte von Migrantinnen einsetzt und mehrere Migrant Community Center betreibt. Über diese will ARM nun gezielt Hausangestellte unterstützen und ihnen Zugang zu medizinischer, juristischer und sozialer Hilfe vermitteln. Kampagnen- und Lobbyarbeit soll dazu beitragen, dass sie in die nationale Arbeitsgesetzgebung eingegliedert werden. Es ist ein wegweisender Kampf – mit unfassbaren Dimensionen. Wenn schon in dem kleinen Land 250.000 Hausangestellte ausgebeutet werden, wie viele sind es dann weltweit?

**Spendenstichwort: Libanon**



Berichten und helfen: Die unabhängige Journalistenunion AJI in Indonesien.

## Aufklärung und Druck

Indonesien: Gegenöffentlichkeit für gerechten Wiederaufbau

Zu all dem, was Erdbeben und der Tsunami im September 2018 auf Sumatra verwüstet haben, gehören auch lokale Medien, von Druckereien bis Redaktionsbüros. Und wie der Wiederaufbau nur stockend vorankommt, erholt sich auch dieser Sektor nur langsam. Dabei hat das eine mit dem anderen zu tun. Der Journalist Videlis Jemali: „Die meisten Betroffenen wissen nicht, wie sie an die von der Regierung angekündigten Finanzhilfen kommen können.“ Um das bürokratische Dickicht zu lichten, hat er mit Kolleginnen und Kollegen unter dem Dach der unabhängigen Journalistenunion AJI die Facebookseite Kabur Sulteng Bangkit gegründet. Hier berichten sie kritisch über den Wiederaufbau und diskutieren, ob der Anbau von Mangroven als ökologisch angepasste Lösung nicht ein besserer Ansatz ist als der kreditfinanzierte Deichbau – ein Megaprojekt, das die Regierung vorantreibt. Für Berichte aus entlegenen Gebieten ist eine Hotline eingerichtet und mit Unterstützung von medico finden Trainings in Bürgerjournalismus statt. Videlis: „Wir berichten für die Überlebenden, aber auch, um Druck auf die Regierung auszuüben.“

**Spendenstichwort: Indonesien**

# Innerer Zerfall



Fotos: REUTERS/Oswaldo Rivas

Die Proteste gehen weiter: Anti-Ortega-Demonstrantinnen im Mai 2019.

# Nicaragua. Über die nächste Etappe des zivilen Aufbegehrens gegen das Ortega-Regime

Von **Mónica López Baltodano**

Seit einem Jahr versuchen die nicaraguansichen Bürgerinnen und Bürger mit friedlichen Mitteln, die Diktatur von der Macht zu vertreiben und einen demokratischen Übergang durchzusetzen. Wir kämpfen dafür, die Diktatur samt ihrer weitverzweigten Wurzeln zu beseitigen, damit nicht morgen wieder eine neue Form des Autoritarismus aufkeimt. Wir lernen aus der Geschichte unseres Landes, die geprägt ist von fatalen politischen Pakten auf Spitzenebene. Der selbstorganisierte, klassenübergreifende Aufstand hat seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, breite Sektoren der Gesellschaft zu vereinen, die an Hunderten Protestaktionen teilnahmen. Heute verläuft der Aufstand weitgehend still. Er wartet darauf, wieder massiv auf die Straße getragen zu werden. Die zweite Runde der Verhandlungen zwischen Regierung und Oppositionsvertretern hat gezeigt, dass das Ortega-Regime auf unbestimmte Zeit an der Macht festhält, und dass man seinem Wort niemals trauen kann.

Die Großunternehmen sind noch nicht bereit, die Diktatur zum Rückzug zu zwingen. Wenn wir sie aber unter Druck setzen und ihnen gleichzeitig Brücken bauen, dann werden sie einsehen, dass sie ihre Machtposition mit der Kraft des Bürgeraufstands vereinigen müssen. Sie haben keine Alternative, wenn sie Teil des unvermeidlichen demokratischen Übergangs sein möchten, der in Nicaragua stattfinden wird. Innerhalb der Unternehmerverbände gibt es Dif-

ferenzen und wir müssen die Stimmen unterstützen, die innerhalb des Unternehmerverbandes eine echte Selbstkritik zum Ausdruck bringen. Wir müssen sie ermutigen, größeres Engagement zu zeigen. Denn wenn sie sich weiterhin still verhalten, wird das berechnete Misstrauen der Bevölkerung wachsen. Sie wird es so verstehen, dass die großen Banken, die sich durch ihre Unterstützung der Regierung Ortega enorm bereicherten, ihre Interessen durchgesetzt haben.

Als antidiktatorische Kräfte müssen wir klug genug sein, sämtliche Stützen zu erkennen, auf denen das Ortega-Regime steht. Und wir müssen sehen, dass wir keinen Erfolg haben werden, wenn es uns nicht gelingt, die Diktatur auch von innen heraus zu sprengen. Die Rücktritte hoher Repräsentanten des Ortegismus sind – unabhängig davon, wie sie ihren Schritt rechtfertigen – schwere Schläge für die Diktatur. Sie demoralisieren das Regime. Das müssen wir weiter fördern. Hierbei sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass der Terror des Regimes einen bedeutenden Teil der mehr als 100.000 Staatsbediensteten in eine Art Geiselhaft genommen hat. Und wir sollten niemals vergessen, dass jeder Polizist, der rebellierte, ermordet wurde, verschwand oder im Gefängnis landete. Wir müssen lernen, diejenigen, die zu Mördern des Regimes wurden von denen zu unterscheiden, die sich dem Widerstand noch anschließen können: indem sie Ungehorsam leisten, als Sand im

Getriebe wirken oder wichtige Informationen weitergeben. Viele tun das bereits.

Als antidiktatorische Kräfte müssen wir die Intelligenz besitzen, Botschaften an die sandinistische Basis zu senden, die dazu ermutigen, sich vom Ortegaismus loszusagen. Es geht nicht darum, den Sandinismus zu erneuern oder zu retten. Es geht darum, zu einer Rebellion innerhalb der FSLN aufzurufen. Sie sollen dem Vorbild der Frauen und Männer folgen, mutigen Führungspersönlichkeiten an den Straßensperren, den Barrikaden und den Besetzungen, die verhaftet wurden oder ins Exil gehen mussten, weil sie von innen rebellierten. Täuschen wir uns nicht: Der kritische Sandinismus wird von Ortega/Murillo am härtesten bestraft, weil sie panische Angst vor einer internen Rebellion haben.

Seit Beginn dieses Aufstandes haben viele von uns darauf bestanden, eine wahrhafte Einheit in der Vielfalt aufzubauen. Wir haben Vorschläge unterbreitet, die möglichst Viele einschließen und die die Gesellschaft nicht spalten. Denn dies würde nur den harten Kern der Diktatur stärken. Ortega/Murillo setzen darauf, dass wir weder die Fähigkeit noch die politische Reife besitzen, in ihre eigene Basis hineinzuwirken. Sie hoffen, dass sich das Sektierertum gegen unsere Rationalität durchsetzen wird. Ein Verständnis der Vielfalt unserer Gesellschaft ist Voraussetzung, um die Diktatur von der Macht zu vertreiben; aber auch, um zu verhindern, dass ihre fanatisierten Anhänger auf lange Sicht die Anstrengungen zunichte machen, die eine neue demokratische Regierung unternehmen wird.

Wie wird die Zukunft unseres Landes aussehen, falls es Ortega/Murillo gelingen sollte, aus dieser Krise mit einer Anhängerschaft von 20 Prozent der Bevölkerung herauszukommen, so wie es jüngste Umfragen zeigen? Was wird aus dem demokratischen Übergang, wenn ein fanatisierter Kern des Ortegaismus fortbesteht, der sich

auf die Waffen der Paramilitärs stützen kann? Wenn dies eintreten sollte, wird es niemals eine Zukunft für Nicaragua geben. Daher muss die neue Etappe des Aufstandes darin bestehen, den Ortegaismus von innen zur Explosion zu bringen.

*Dieser Artikel erschien am 10. Mai 2019 auf dem nicaraguanischen Online-Portal „Confidencial“. Übersetzung: Matthias Schindler*



Die medico-Partnerin Mónica López Baltodano ist Direktorin der inzwischen verbotenen Umweltorganisation Popol Na. Sie lebt seit Oktober 2018 im costaricanischen Exil.

**Einen Monat, nachdem der Artikel von Mónica erschienen ist, beschloss das Parlament Nicaraguas ein Amnestie-Gesetz. Was wie eine Geste an die Opposition klingt bzw. klingen soll, ist das Gegenteil: Amnestiert werden „alle Personen, die an den Ereignissen teilgenommen haben, die seit dem 18. April 2018 passiert sind“ – also neben den in ihrer überwiegenden Mehrheit friedlichen Protestierenden auch die bewaffneten staatlichen und parastaatlichen Repressionskräfte, die über 300 Menschen ermordet, Tausende verletzt, illegal in die Gefängnisse geworfen und ins Exil vertrieben haben. Ein Regime schützt seine Schergen vor Strafverfolgung. medico steht weiterhin an der Seite seiner Partnerorganisationen und der demokratischen Protestbewegung.**

**Spendenstichwort: Nicaragua**



# Den Gegner anerkennen

Was hat die Zuspitzung in Venezuela mit dem Scheitern der Linken zu tun? Was wäre ein friedlicher Ausweg? Fragen an Edgardo Lander



Der Soziologe und linke Intellektuelle Edgardo Lander ist Mitgründer der Bürgerplattform zur Verteidigung der Verfassung in Venezuela.

## Wie kommt es zu der Zuspitzung in Venezuela?

Fast alle Parteien des Oppositionsbündnis Mesa de Unidad Democrática waren von der vorgezogenen Präsidentschaftswahl im Mai 2018 ausgeschlossen worden. Die Wahl war also mindestens fragwürdig. Maduro gewann, sein altes Mandat lief noch bis Januar 2019. Dann kam aus heiterem Himmel die Selbsternenennung Juan Guaidós zum Interimspräsidenten. Begründet wurde dieser Schritt mit einem Machtvakuum infolge der Illegitimität der Wahl. Darüber gibt es eine verfassungsrechtliche Kontroverse. Fakt ist, dass die Selbsternenennung Guaidós minutiös mit der US-Regierung abgestimmt war. Zuerst wurde die sogenannte „Li-

ma-Gruppe“ gegründet, ein Zusammenschluss der rechten lateinamerikanischen Regierungen und Kanadas. Hier wurde beschlossen, Maduro nur noch bis Januar 2019 anzuerkennen. Am 5. Januar wurde Guaidó zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt, wo die Opposition seit 2015 die Mehrheit hat. Und als Guaidó sich am 23. Januar zum Interimspräsidenten ernannte, wovon die übrige Opposition völlig überrascht wurde, erkannten die Lima-Gruppe und die USA ihn sofort an – ebenso wie die europäischen Länder mit Ausnahme Italiens und Griechenlands. Einen Monat später verkündete Guaidó, dass über Kolumbien „humanitäre Hilfe“ nach Venezuela kommen würde. Dafür wurde eine große Show geplant, an der auch eine Reihe rechter Präsidenten aus der Region und US-Vizepräsident Mike Pence teilnahmen. Man dachte, es bräuchte nur einen kleinen Stoß, um Maduro zu stürzen.

## Doch das war nicht der Fall?

Das Verständnis der venezolanischen Gesellschaft ist seit Beginn der Chávez-Regierungen vollkommen verzerrt. Die Opposition glaubt seit zwanzig Jahren, Chávez wäre ein Zauberer, der Venezuela mit einem Fluch belegt hätte, und man müsse nur den Fluch brechen, dann wäre alles wieder, wie vorher. Sie hat die tiefe politische Transformation Venezuelas nicht verstanden.

### **Wie würdest du die aktuelle Situation beschreiben?**

Wir stehen vor der Gefahr eines Bürgerkriegs. Auf der einen Seite kontrolliert die Maduro-Regierung praktisch jede staatliche Institution, unterstützt von den Streitkräften, die keinerlei Zeichen von Spaltung zeigen. Außerdem – und das fehlt in vielen Analysen zu Venezuela – unterstützt nach wie vor ein signifikanter Teil der armen Bevölkerung die Regierung. Vielleicht sind es nicht mehr als 20 Prozent. Aber es sind Millionen Menschen, die in erheblichem Ausmaß von der Verteilung der Überschüsse aus dem Erdöllexport profitiert haben und bereit sind, für das zu kämpfen, was sie als ihre Regierung betrachten. Das ist eine Macht, die auch Gewalt impliziert. Wenn man das ignoriert, ignoriert man, was Venezuela heute ist. Auf der anderen Seite gibt es die Guaidó-Fraktion, die den Moment gekommen sieht, Maduro loszuwerden. Und das wollen immerhin gut 80 Prozent der Bevölkerung. Doch das ist nicht die Hauptquelle von Guaidós Stärke. Die liegt im Willen der US-Regierung zum „regime change“.

### **Wie ernst ist das zu nehmen? Und lässt es sich mit älteren lateinamerikanischen Erfahrungen vergleichen?**

Ich nehme das sehr ernst. Die venezolanische Ökonomie wird durch die aggressiven US-Sanktionen stranguliert. Venezuela kann sein Öl nicht verkaufen, kein Material für seine Industrien kaufen und hat keinen Zugang zu Krediten. Jede Woche werden neue Maßnahmen angekündigt. Kein Wunder, in den USA koordiniert mit Elliott Abrams ein buchstäblicher Kriegsverbrecher die Politik gegenüber Venezuela. Er war unter der Reagan-Administration zentral verantwortlich für die dunkelsten Vorgänge in Lateinamerika. Und der Nationale Sicherheitsberater John Bolton war maßgeblich in den Krieg gegen den Irak involviert. Diese Leute reden nicht nur, sie sind reale Bedrohungen. Andererseits hat Guaidó wiederholt um

eine US-Militärintervention gebeten – vergeblich. Beide Seiten spielen ein Nullsummenspiel, das auf die komplette Zerstörung des Gegners ausgelegt ist. Das ist keine Politik, das ist eine kriegsähnliche Situation, in der das einzige Ziel ist, das Gegenüber zu besiegen.

### **Was lässt sich dieser Konfrontation noch entgegenhalten?**

Venezuela ist eine schwer bewaffnete Gesellschaft und es ist höchst unwahrscheinlich, dass die Streitkräfte einfach kollabieren. Eine Lösung muss dabei beginnen, das Gegenüber anzuerkennen und zu verstehen, dass beide Seiten Teil eines zukünftigen Venezuela sein werden. In der Konsequenz braucht es eine Verständigung darüber, wie die Verbindung in der Gesellschaft wieder hergestellt werden kann. In diesem Sinne argumentieren wir von der Bürgerplattform zur Verteidigung der Verfassung, dass es ein konsultatives Referendum braucht, wie es in der venezolanischen Verfassung vorgesehen ist. So könnten die Venezolanerinnen und Venezolaner darüber entscheiden, ob sie eine grundlegende Erneuerung der Institutionen wollen – namentlich der Exekutive und des Parlaments. Das ist keine einfache Position angesichts der Polarisierung. Aber nur wenige wollen eine US-Intervention oder einen Militärputsch.

### **Wie könnte dieser Vorschlag angesichts drohender Wahlfälschungen funktionieren?**

Wahlen machen nur Sinn, wenn wir eine neue vertrauenswürdige Wahlbehörde haben. Das wäre Teil der Verhandlungen für die wir die Unterstützung multilateraler Institutionen brauchen, vor allem der Vereinten Nationen. Kaum eine andere Institution hat hier noch Legitimität, auch nicht die sogenannte Kontaktgruppe aus der EU.

### **Du hast gesagt, Maduro muss gehen. Aber wer aus der Regierung würde darüber verhandeln?**



Das ist die komplizierte Frage. Die Spitze des Militärs, der Regierungspartei und des Staates sind zu einer sehr kohärenten Gruppe gewachsen. Ihr Hauptinteresse besteht darin, die Kontrolle über die enormen Ressourcen zu behalten, die sie akkumuliert haben. Weil die Armee seit Jahren so einen großen Anteil an der Korruption hat, ist ein Bruch innerhalb der Streitkräfte sehr unwahrscheinlich. Aber wenn ich optimistisch bin, hoffe ich auf den nicht so radikalen Teil der Opposition, der anerkennt, dass Maduro nicht mit Gewalt aus dem Amt gejagt werden kann, sondern es Verhandlungen braucht. Und ich hoffe auf die Einsicht der Regierung, die verstehen muss, dass sie um ihr Überleben verhandelt. Je länger die Regierung in dieser absurden Situation verharrt und Verhandlungen verweigert, desto geringer werden ihre Chancen.

**Wir alle haben große Hoffnungen in die linken Regierungen Lateinamerikas gesetzt. Jetzt erleben wir die Enttäuschung in Venezuela, Ecuador, Brasilien, gar nicht zu reden von Nicaragua. Was bedeutet das für die Linke?**

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Gefühl, der Sozialismus ist am Ende, waren die progressiven Regierungen eine Art Wiedergeburt von Hoffnung und Möglichkeiten. Aber ich glaube, die Linke, insbesondere die traditionelle auf Partei und Staat fokussierte Linke hat die Dimension der Krise bislang nicht erkannt. Wir stehen nicht bloß vor einer Krise des Kapitalismus, sondern vor einer multiplen zivilisatorischen Krise: eine Krise kolonialer Modernität, eines Systems des Anthropozentrismus, des Patriarchats, des Rassismus. Solange dies nicht anerkannt wird und die Herausforderungen nicht simultan angegangen werden, verharrten wir in dem Kalter-Krieg-Dilemma zwischen Imperialismus und Antiimperialismus. Diese linke Tradition war absolut unfähig zur Selbstkritik und hat nicht verstanden, warum was passiert ist. Und entsprechend lernt sie

auch nicht, sondern wiederholt dieselben Dinge immer wieder. In Lateinamerika erleben wir derzeit das gleiche Dilemma wie die damalige europäische Linke, die den Stalinismus nicht kritisieren konnte, weil er Teil des antiimperialistischen Lagers war. Wenn man schaut, welche Länder heute proto-faschistische Regierungen haben, dann sind es vor allem die ex-kommunistischen Länder, in denen alles

Eine Lösung muss dabei beginnen, das Gegenüber anzuerkennen und zu verstehen, dass beide Seiten Teil eines zukünftigen Venezuela sein werden.

was nach Sozialismus oder Staatskontrolle klingt, abgelehnt wird, als Konsequenz aus traumatischen Erfahrungen. In Lateinamerika wird heutzutage das Wort Sozialismus zu einem Schimpfwort, als Konsequenz der Verweigerung der Linken, sich mit ihren Erfahrungen kritisch auseinanderzusetzen. Darüber müssen wir reden.

*Das Interview führten Julius Bücher, Moritz Krawinkel und Katja Maurer.*

**Immer weniger Menschen können sich die vergünstigten Lebensmittel und Gesundheitsdienste des Kooperativenverbands Cecosocola leisten. Die medico-Partnerorganisation kämpft ums wirtschaftliche Überleben. Doch ihr Bemühen, solidarische Beziehungsweisen in Venezuela zu stärken, geht weiter.**

**Spendenstichwort: Venezuela**

# Im Kreuz- feuer



Foto: REUTERS/Fabrizio Bensch

Pro-Israel-Kundgebung am Rande der Al-Quds-Demonstration in Berlin 2019.

# Der Antisemitismusbeschluss des Bundestags gegen BDS und seine Folgen

Von Katja Maurer

Die Debatte um Antisemitismus ist in Deutschland in eine neue Phase eingetreten. Der mühsam errungene Gründungsmythos der westdeutschen Demokratie, der auf der Auseinandersetzung mit eigener Schuld und Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen und für die Vernichtung des europäischen Judentums insbesondere beruhte, besteht weiterhin, aber die Frage taucht nicht zum ersten Mal auf, ob das ausreicht. Seit 1990 gibt es nicht nur eine Debatte um die Erinnerungskultur bezüglich der nationalsozialistischen Verbrechen, auch das schwierige Verhältnis in Teilen der kritischen Öffentlichkeit zu Israel spielt dabei eine immer größere Rolle. Ein Kristallisationspunkt war in den 1990ern die Drohung des irakischen Diktators Saddam Hussein, Israel mit Chemiewaffen zu bombardieren. Israelische Intellektuelle kritisierten damals die Empathielosigkeit, mit der in Deutschland über diese Drohung gesprochen wurde, die hierzulande nur als ein Ergebnis des Nahost-Konflikts gedeutet wurde. Welche dunklen Schatten diese Drohung in Israel wieder zum Leben erweckte, spielte damals in der linken Debatte keine allzu große Rolle. Hinzu kommt die Erfahrung der Ostdeutschen, die –aufgewachsen in einem „verordneten Antifaschismus“ – zugleich mit einem fundamentalen staatlichen Anti-Israelismus der DDR konfrontiert waren. Für die kritische Öffentlichkeit mit DDR-Prägung war deshalb verständlicherweise eine neue differenzierte Beschäftigung mit Israel und seiner Geschichte ein wichtiges

Anliegen. Der Politdiskurs der Westdeutschen hatte da wenig Schnittstellen mit der ostdeutschen Erfahrung.

All diese manchmal nur parallel laufenden Zugänge zum Thema Israel und Antisemitismus haben sich mit der Zeit nicht angenähert. Heute ist die Debatte in Deutschland so polarisiert wie selten zuvor. Zum einen verschärft die antideutsche Bewegung die Auseinandersetzung und macht eine bedingungslose Unterstützung der israelischen Politik zur Sollbruchstelle linken Denkens. Zum anderen befeuert die rechte Regierung in Israel den Konflikt in Deutschland. Ihre Strategie, Kritik an der israelischen Politik und schlussendlich an der Besetzung für antisemitisch zu erklären und dies insbesondere gegenüber palästinensischen Sprechpositionen durchzuhalten, ist aufgegangen. Der Bundestagsbeschluss, die in Deutschland marginale Kampagne Boycott, Divestment, Sanctions (BDS) für antisemitisch zu erklären, ist ein solcher Markstein wider die Meinungsfreiheit. Diese Form, die komplexen Problemlagen des Nahost-Konflikts vor allen Dingen unter dem Fokus der Antisemitismusdebatte zu betrachten, hat erhebliche Implikationen für die Demokratie in Deutschland, die sich über die umkämpfte Erinnerungskultur entwickelt hat.

Der Bundestagsbeschluss offenbart aber auch die Widersprüche. Aus allen Fraktionen, bis auf die AfD und FDP, gab es Einwände, BDS für anti-

semitisch zu erklären. Diese Einwände kamen gerade von denen, die sich auf dem außenpolitischen Feld bewegen und sich in der Region auskennen. Auch ein Aufruf von fachkundigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland begründete sehr differenziert ihre Ablehnung des Beschlusses. Sie alle eint der Tenor, dass mit diesem Beschluss die palästinensische Zivilgesellschaft in großen Teilen als Gesprächspartner ausgeschlossen werde. Die Frage, auf welche Kräfte man sich in den besetzten Gebieten dann noch stützen will, treibt die Fachleute um. Allerdings nicht die gutmeinenden Bundestagsabgeordneten, die ja in ihren eigenen Augen nichts anderes wollen als den Antisemitismus hierzulande zu bekämpfen.

Der Historiker Dan Diner schlägt im Buch „Neuer Antisemitismus?“ eine Lösung vergleichbar mit der Zerschlagung des gordischen Knotens vor: „Nämlich zum einen den Antisemitismus zu bekämpfen, als ob es den arabisch-jüdischen, den israelisch-palästinensischen Konflikt nicht gäbe; zum anderen alles zu unternehmen, um ebenjenen Konflikt einer beiden Seiten zuträglichen Lösung zuzuführen – so, als gäbe es den Antisemitismus nicht.“ Natürlich ist dies ein Vorschlag, der sich eher an die eigene Denkhaltung richtet, als dass er eine praktikable Lösung bietet. Aber in dieser Debatte tut Orientierung not.

Als Grundlage für die Beschlüsse deutscher Parlamente dient die umstrittene „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance, die sich zu einem „Quasi-Gesetz“ entwickelt hat, wie die Islamwissenschaftlerin Rebecca Gould schreibt. Die Definition und die ihr beigefügten Beispiele beschäftigen sich insbesondere mit israel-bezogenem Antisemitismus und lassen erheblichen Interpretationsspielraum zu. Die Arbeitsdefinition kann in ihrer Vagheit für politische Instrumentalisierung missbraucht werden, wie

man jetzt bei dem BDS-Beschluss gut sehen kann. Denn mit dem Antisemitismusvorwurf gegenüber BDS hat sich der Bundestag auf die Politik der illiberalen Rechtsregierung in Israel einschwören lassen. Die Frage, wie eine taugliche Antisemitismusdefinition aussehen könnte, die sich mit aktuellen auch Israel-bezogenen Formen des Antisemitismus auseinandersetzt und den Kampf gegen Antisemitismus befördert, ist also weiterhin offen.

Setzt sich die politische Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs fort – und der Bundestagsbeschluss ist ein großer Schritt in diese Richtung –, dann steht mehr als BDS auf dem Spiel. Denn dann würde auch eine Erinnerungskultur in Frage gestellt, die, wie die Friedenspreisträgerin des deutschen Buchhandels von 2018, Aleida Assmann, schreibt, „eine historisch vollkommen neue Erfindung“ ist. In ihrem jüngsten Buch „Der europäische Traum“ weist sie darauf hin, dass aus der Beschäftigung mit den nationalsozialistischen Verbrechen ein „transnationaler moralischer Maßstab“ entstanden ist. Dazu gehören auch universelle Kategorien wie Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Menschenrechte und die Genozid-Konvention. Aleida Assmann verbindet die Beschäftigung mit dem Holocaust als „präzedenzlosem Menschheitsverbrechen“ mit der postkolonialen Debatte: „Heute sprechen wir noch von den Juden, aber nicht nur von ihnen, sondern auch von den Sklaven, von den Kolonisierten und von den indigenen Ureinwohnern, an denen bis in die Gegenwart hinein Verfolgungen, Massaker und Repressionen verübt wurden und werden.“ Dies ist der Horizont einer Erinnerungskultur, die es weiter zu entwickeln und zu verteidigen gilt. Dass dann auch die kolonialen Anteile Israels zur Debatte stehen, muss man aushalten.

*Frühere Debattenbeiträge finden sich unter [www.medico.de/antisemitismus-debatte](http://www.medico.de/antisemitismus-debatte)*

Foto: Mike Heel



Das Denkmal für die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma im Berliner Tiergarten ist ein Entwurf von Dani Karavan, einem der beiden nebenstehenden Autoren.

## EMPÖRUNG IN ISRAEL

Die kritische Öffentlichkeit des Landes ist mit dem BDS-Beschluss des Bundestages nicht einverstanden

In Israel hat der Bundestagsbeschluss gegen BDS große Befürworter in der Regierung und eine große Gegnerschaft bei allen, die sich für eine Verständigung mit den Palästinenserinnen und Palästinensern einsetzen. Ein Aufruf von 240 renommierten israelischen Intellektuellen machte dies deutlich. Nicht zuletzt die folgenden Auszüge aus einem Artikel von Avraham Burg, dem ehemaligen Sprecher des Knesset und Ex-Leiter der Jewish Agency, und dem auch in Deutschland bekannten Künstler Dani Karavan, machen deutlich, wie groß die Empörung in Israel über den Beschluss ist:

„Wir fragen die deutsche Regierung, ob sie wirklich der Meinung ist, dass es Ähnlichkeiten gibt zwischen dem Boykott einer Flasche Wein, die in besetzten Gebieten auf einem von Siedlern gestohlenen Land, das von der stärksten Armee der Region geschützt wird, und dem Boykott der Geschäfte von Juden in der Nazi-Zeit, die vollkommen wehrlos waren?“

Die Entscheidung fügt dem Kampf gegen den Antisemitismus schweren Schaden zu, der im europäischen Nationalismus seinen Ursprung hat und auch von Teilen der muslimischen Gemeinden in Europa kommt.

Die Entscheidung des Bundestages vermischt den Kampf gegen Antisemitismus mit der Unterstützung für eine nationalistische israelische Agenda, und erschwert vielen Menschen damit den Kampf gegen Judenhass in eben diesen Gemeinden. Außerdem schränkt der Bundestagsbeschluss die Gedanken- und Meinungsfreiheit ein, zwei Grundsäulen jeder liberalen Demokratie.

Die israelische Regierung hat den Beschluss als großen Erfolg gefeiert. Völlig unausgewogen hat sich der Bundestag hinter einer Regierung versammelt, die alles dafür tut, jede politische Lösung des Konflikts zu verhindern, indem sie mit dem Bau und der Ausweitung von Siedlungen weitermacht; hinter einer Regierung, die hofft palästinensisches Territorium annektieren zu können und den Obersten Gerichtshof beschneiden möchte, weil er undemokratische Gesetze blockiert, hinter einer Regierung, die das Nationalstaats-Gesetz verabschiedete, das Minderheiten in einer Weise diskriminiert, wie es in keiner anderen westlichen Demokratie vorstellbar wäre.

*Aus der israelischen Tageszeitung Haaretz , 17. Juni 2019*

# Warum wir globale Solidarität politisch denken sollten

Annäherungen an medico-Politikfelder

Von Christian Weis

Entwicklung, Hilfe, Globale Gesundheit sind Politikbereiche, in denen sich viele Organisationen und Akteure in einem lockeren Austausch befinden. Einige solcher Treffen habe ich in den vergangenen Monaten besucht. Ich war unter anderem bei einem Treffen von europäischen Entwicklungshilfeorganisationen in Brüssel und bei der Vollversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf. Es war erstaunlich, wie sehr diese Gespräche sich nur mit den technischen Implikationen teils dramatischer Vorgänge befassen. Ein politisches Konzept globaler Solidarität, wie es medico vertritt, konnte ich dabei selten entdecken.

Auch auf einer Konferenz der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag lief das ähnlich. Nicht nur die Kanzlerin, sondern drei Ministerinnen und Minister waren dort, um sich mit Globaler Gesundheit und dem globalen Aktionsplan zur Umsetzung des UN-Nachhaltigkeitsziels „Gesundheit und Wohlergehen“ bis 2030 zu beschäftigen. Haben die Regierungsparteien den barmherzigen Samariter für die Verbesserung der Weltgesundheit angerufen? Schön wär es. Denn der barmherzige Samariter kennt keinen Eigennutz in seinem Handeln, er handelt aus christlicher Nächstenliebe. Aber die Diskussionspanel artikulieren eine andere Sprache.

Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen dominierten die Debatte. So erkannte Gesundheitsminister Spahn ein „originäres Interesse“ der Bundesrepublik, Ebola in der Demokratischen Republik Kongo zu bekämpfen. Der Begriff der „Gesundheitssicherheit“ stand im Raum und man versicherte sich gegenseitig, dass es sich bei Globaler Gesundheit keinesfalls um ein „softes Politikfeld“ handele. Forschungsministerin Karliczek wünscht sich „Produktpartnerschaften“ mit den Unternehmen. Und diese Partnerschaft wirkte auf dem Diskussionspanel bereits als eingeübt. Die Epidemiologen und Politiker fungieren als Stichwortgeber für die Gates-Stiftung und den Wellcome-Trust, die trotz ihrer Industrienähe als Zivilgesellschaft angesprochen wurden.

## Technische Sprechweise

Für viele bei medico ist meine Beobachtung, dass es in der öffentlichen Expertendebatte bei Entwicklung, Hilfe und Globaler Gesundheit erstaunlich wenig um Politik geht, selbst wenn politische Zusammenhänge auf der Hand liegen, nichts Neues. Ist diese technische „Sprechweise“ eine Form der gewollten oder ungewollten Entpolitisierung? Verbirgt sich hinter dem

Entpolitisierten eine marktradikale Haltung? Wenn in einigen Debatten beklagt wird, dass die Demokratie in der Krise steckt, ist es nicht auch notwendig zu sagen, dass sie auch in die Krise kommen konnte, nachdem die Politik ihr Primat aufgegeben hat?

Diese Fragen haben viel damit zu tun, wie medicos Vision einer globalen Solidarität heute Ausdruck verliehen werden kann. Vieles was uns heute als Krise des politischen Establishments begegnet, im Kleinen wie im Großen, ist im Kern eine Krise der politischen Institutionen im Zeitalter der Globalisierung und des Klimawandels. Die Widersprüche sind vielfältig, die Verheerungen umfassend. Klar ist, dass wir eine radikale Globalität denken müssen. Der Nationalstaat ist nicht imstande, eine grenzüberschreitende soziale und ökologische Transformation zu organisieren. Er feiert zwar derzeit wieder fröhliche Urständ, die Wahrheit aber ist, dass er seine Souveränität in wichtigen Bereichen eingebüßt hat, auch weil die Politik ihre Regulierungskraft freiwillig hergegeben hat.

Damit gibt es in unserer eigenen Lebensspanne eine Veränderung, die nicht nur uns selbst prägt, sondern auch die Art und Weise über die Welt nachzudenken. Es ist die Logik des Profitmachens, die heute längst alle Bereiche erfasst hat, auch die Hilfe. Die Ausweitung wirtschaftlicher Logik in alle Lebens- und Arbeitsbereiche hat zu jenem Ausmaß an Ungleichheit, Ausbeutung, Umweltzerstörung und Elend geführt, wie wir es überall erleben können. Nur eine starke Gegenbewegung zur totalen Inwertsetzung von Natur und Arbeitskraft ist imstande das Ruder herumzureißen.

Alle Aspekte, Natur, Leben und Arbeit, müssen zusammen gedacht werden. Diese Gegenbewegung braucht ihre eigene Erzählung, die es zu entwickeln gilt und in der die Vision einer globalen Solidarität stark gemacht werden muss. Wir

müssen begreifen, dass die totale Kommodifizierung unseres Alltags- und Berufslebens und das damit einhergehende Verschwinden der letzten alternativen Nischen ein wesentliches Element „unserer freiwilligen Knechtschaft“ (siehe dazu S. 42) ist.

### Wo ist die Zivilgesellschaft?

Die Inwertsetzung hat den Planeten in eine existentielle Krise geführt, die wir im Norden wie im Süden in Form des verschärften Klimawandels erleben. Dass mit dieser Erkenntnis, wie bei den Europawahlen, Wahlen gewonnen werden, hat eine neue Qualität. Die transnationale Mobilisierung und Politisierung vorwiegend junger Menschen ist ermutigend für eine sozial-ökologische Transformation und einen Wandel hin zu einer globalen Solidarität. Dabei wird deutlich, dass wir mehr brauchen als den Verzicht auf Urlaubs- oder die Einschränkung von Billigflügen, um die Menschheit vor dem ansteigenden Meeresspiegel zu retten.

Ob die Krise und der Wandel zu einem Überlebenskampf wird oder dem Menschen dienend, demokratisch und solidarisch bewältigt wird, haben wir selbst in der Hand. In jedem Fall reicht es nicht aus, seinen persönlichen Beitrag zu leisten. Wir müssen auch etwas an den Verhältnissen ändern, damit das kommende Jahrzehnt ein solidarisches wird. Das solidarische Jahrhundert wird abgesagt, wenn die Menschheit es nicht schafft, zu einem politischen Primat zurückzukehren.



Christian Weis, seit Anfang 2019 Geschäftsführer von medicos international, ist überrascht über manchen technischen Ausgang in der Entwicklungspolitik.



# Raus aus dem Verstecken



Das Podium am Donnerstagabend mit (v.l.n.r.) Georg Seeblen, Hanna Mittelstädt, Katja Maurer, Elsa Köster und Rupert von Plottnitz.



# en

Das medico-Stiftungssymposium „Demokratie in der Krise“ fragte nach den Hindernissen und Wegen, das politische Denken zu erneuern

WIKIA (INTERNATIONAL)

2011



„Verstecke sind unzählige, Rettung nur eine, aber Möglichkeiten der Rettung wieder so viele wie Verstecke. Es gibt ein Ziel, aber keinen Weg; was wir Weg nennen, ist Zögern.“

Franz Kafka

## Von Christian Sälzer

Mit dem Zitat von Kafka kündigte sich das Symposium in eher leisen Tönen an. Doch hinter diesen stand, so sollte es später medico-Referent Thomas Seibert formulieren, „die älteste Frage allen politischen Denkens: Wie lässt sich das Verharren in der selbstgewählten Ohnmacht und der freiwilligen Knechtschaft überwinden?“ In die Dringlichkeit der Gegenwart übersetzt: Wieso gelingt es dem, was man kritische Öffentlichkeit nennt, so wenig, ihre Haltung, ihr Wissen, ihre Ressourcen und Kräfte in den politischen Verhältnissen wirkmächtig werden zu lassen? Wie kann ein weiter-so regieren, obwohl es offenkundig so nicht weitergehen kann? Was lässt die Empörung über den Zustand der Welt immer wieder in das Versteck der Lethargie kippen? Und warum reagiert eine „Demokratie in der Krise“, so der Titel des Symposiums, auf die Krise nicht mit dem Mut für Veränderung, sondern mit Passivität, Ressentiment und Gleichmut?

Für eine Organisation wie medico, die den Möglichkeiten emanzipatorischer Veränderung verpflichtet ist, sind diese Fragen essentiell – zumal in einer Zeit, in der die Denk- und Handlungsräume weltweit immer enger werden, beschnitten durch Repression, eingehengt durch eine Politik der Alternativlosigkeit, delegitimiert durch die Macht des Faktischen. Die [Handlungs-]Schwäche der kritischen Öffentlichkeit ist der eine Strang. Doch es gibt einen anderen: Inwieweit ist diese Schwäche eben

auch Folge innerer Verstrickungen mit dem, wogegen man sich zu wenden meint? Wie komplex dieses Verhältnis ist, zeigt sich in Befreiungsbewegungen, die an der Macht in unterdrückende Herrschaft umschlagen, oder auch an Hilfe, die mehr schadet als hilft. Angesichts dessen kommt die Kritik der Verhältnisse nicht ohne kritische Selbstbetrachtung aus. All das war gemeint, als Thomas Gebauer, der das erste Symposium im medico-Haus als Sprecher der Stiftung eröffnete, das Anliegen so formulierte: „Um Wege aus der Krise zu finden, wollen wir die Tiefe dieser Krise ausleuchten, die als strukturelle Krise der politischen Verhältnisse verstanden werden muss.“ Der Anspruch hätte kaum höher sein können.

## Der nicht zu Ende befreite Sklave

Eben diesem Konflikt zwischen Freiheit und Unterdrückung widmete sich der Auftaktvortrag, bei dem der Film- und Kulturkritiker Georg Seeblen einen großen Wurf wagte: Er skizzierte die Geschichte der Nichtbefreiung, also einer fortgesetzten Teilung der Welt in Herren und Sklaven, Gewinner und Verlierer, Besitzende und Besitzlose, Regierende und Regierte, indem er eine Figur entwarf: den „nicht zu Ende befreiten Sklaven“, der darüber nachsinnt, was seiner vollständigen Befreiung entgegensteht. Dieser spielt diverse Hindernisse durch, sich befreien zu können – oder zu wol-

len: von seiner Identifikation mit dem Herrn über die Angst vor denen, die sich dem Aufstand verweigern, bis zur Befriedigung darüber, immerhin noch andere unter sich zu wissen, als idealer Untertan also „Sklave nach oben und Herr nach unten“ zu sein. Die Figur blieb deutungs offen: Ist besagter Sklave jede und jeder, der Paria ebenso wie der neoliberale Leistungsträger, Frau wie Mann, eine Klasse, ein Milieu, eine Gesellschaft, gar man selbst und die eingangs erwähnte „kritische Öffentlichkeit“? Genau diese Offenheit lud ein, den jeweiligen historisch-konkreten Formen der Unterwerfung und Freiheitsbestrebungen dieses oder jenen Sklaven nachzuspüren. Und immer wieder blitzte auf, was sich als bohrende Gegenwartsdiagnose lesen ließ: die ominöse Mitte der Gesellschaft als idealer Untertan, der sich nach oben empört und zur Sicherung des eige-

nen Status nach unten Zäune ziehen lässt? Oder das Bild der Herrschaft als anonymen Maschine, die sich zurückzieht und die Sklaven sich selbst überlässt – ein treffendes Bild des globalisierten Neoliberalismus und der verabsolutierten Konkurrenz? So oder so: Seeßlens Erzählung der Nichtbefreiung erinnert daran, dass zu jeder Zeit und auf jeder Stufe jede Befreiung neue, raffiniertere und perfidere Formen von Kontrolle und Zwang hervorgerufen hat und hervorzurufen droht. Damit war eine Spur gelegt: Um es mit dieser unerhörten Dialektik aufzunehmen, braucht es ein Denken und Handeln auf der Höhe dieser Komplexität.

In seinem Vortrag überführte Thomas Seibert die Geschichte des nicht zu Ende befreiten Sklaven in „unsere Geschichte, die Geschichte der Erbinnen und Erben der Französischen Re-



Georg Seeßlen

## DER AUFSTAND GEGEN DIE ERZÄHLUNG SELBST

Alle Freiheiten, die man dem nicht zu Ende befreiten Sklaven versprochen hatte, in den großen Erzählungen vom Fortschritt und von der Geschichte der Kämpfe zwischen den Kulturen, hatten sich als fatal erwiesen. Die eine Freiheit war jene gewesen, die man als frei gelassener Sklave nur bekommt, wenn man dafür jemand anderen in die Sklaverei drängt. Die andere Freiheit hatte man nur bekommen, wenn man gelernt hatte, statt des Herrn und seiner Aufseher sich selbst zu kontrollieren und zu zwingen. Eine Freiheit war darin bestanden, selber in einen erbarmungslosen Wettbewerb mit den anderen zu treten. Und so ging es fort mit den vielen Freiheiten, die sich unentwegt selbst zerstörten. Es geht, dachte der nicht zu Ende befreite Sklave also, nicht allein darum, die Geschichte neu zu schreiben, sie aus anderen Perspektiven zu sehen. Der Aufstand kann nicht in der Erzählung stattfinden, die man uns gelehrt hat. Es geht darum eine andere Form von Geschichte zu finden, eine, in der es nicht darum geht, eine Kette von Schuld als Fortschritt zu fixieren. Denn dies ist es, was uns die Luft zum Atmen nimmt, die Zeit zum Nachdenken, die Bereitschaft zum Empfinden.

volution.“ Diese habe zwar die drei Forderungen Freiheit, Gleichheit und Solidarität auf die politische Bühne gehoben, sei jedoch unvollendet geblieben, weil sie sie nicht in eine „gemeinsame Fuge“ gebracht habe. Seither, so

Seibert, hat jedes politische Projekt einen Strang zugunsten der anderen priorisiert: der frühe Liberalismus das Primat der Freiheit, die realen Sozialismen und Nationalismen des 20. Jahrhunderts das der Gleichheit. Mit der Krise

der Wohlfahrtsstaaten und dem Sturz der realsozialistischen Staaten schlug dann die Stunde des Neoliberalismus und damit der radikalen Bevorzugung eines bestimmten Freiheitspostulats: „Sei frei, optimiere dich und verwirkliche nichts als dich selbst – nötigenfalls jenseits von Gut und Böse.“

Es mag ein dürftiger Freiheitsbegriff sein, aber in der Überwindung so mancher Fesseln immerhin doch so überzeugend, dass der Neoliberalismus weltweit hegemonial werden konnte. In seiner individualisierenden Kraft ist er, so die zentrale These, allerdings auch ein von eklatantem Utopieverlust gekennzeichnetes „Versteck“: Der politische Horizont verengt sich auf eine pragmatische Realpolitik. „Der Neoliberalismus hat zu einer Lähmung des Politischen selbst geführt, die noch heute Teil unserer Ohnmacht ist.“ Und ärger noch: Laut

Der Neoliberalismus hat zu einer Lähmung des Politischen selbst geführt, die Teil unserer Ohnmacht ist.



Sabine Hark

## DAS ZUSAMMEN-SEIN DER VERSCHIEDENEN

Was es für das Zusammenleben in pluralistischen Demokratien nicht braucht, ist eine Politik, die die Tat zum Wert an sich erhebt. Die weder reflexiv abwägt noch differenziert begründet. Die das Gewinnen und nicht etwa die beste Lösung oder die innovative Vision zum Maßstab des Politischen macht. Und die alles verachtet, was nach Schwäche aussieht. Was es nicht braucht, ist ein Dezisionismus, der sich von Abwertung, Rache und Antagonismus nährt und von Empathie nichts wissen will. Was es vielmehr braucht, ist Offenheit für die Welt und die Bereitschaft, sich von dem, was sich in ihr ereignet, berührt und bewegt zu werden. Was es braucht, ist eine Grammatik für das Zusammen- und Miteinander-Sein der Verschiedenen; ein Ethos der Begegnung mit den Anderen ohne deren Andersheit auszulösen; dort zu zögern, wo die Tat die Begegnung verdrängt. Und das heißt auch: zu handeln, wo die Tat die Begegnung vernichtet.

Seibert ist auch die bestimmende Gegenbewegung, ein „rückwärtsgewandter Antineoliberalismus“, der die Sozialdemokratie ebenso prägt wie Teile der Linken, ein Versteck. Denn wer sich gegen die verunsichernde neoliberale Globalisierung eine Rückkehr zum Wohlfahrtsstaat samt national organisierter Lohnarbeiterschaft wünscht, suche nur den „Schutz vor der offenen, weiten Welt“. Genau dieser aber müsse man sich zuwenden. Leitend hierbei könne der Bezug auf einen positiven Freiheitsbegriff sein, wie er immer wieder aufgeschrieben und im Mai 1968 massiv erprobt worden ist. Diese Freiheit, so Seibert, kann dann zum übergreifenden Momentum werden, wenn sie auf solidarischen und gleichheitsorientierten Füßen steht. Konkret: materielle Voraussetzung der Freiheit ist eine etwa durch ein Grundeinkommen und gleichzeitige solidarische Infrastrukturen gewährleistete Sicherheit für jeden Menschen. „Diesen Auftrag nicht zu übernehmen heißt, weiter in der Geschichte des nicht zu Ende befreiten Sklaven zu verharren.“

### Dominanzverhältnisse verlernen

Die Soziologin Sabine Hark erinnerte in ihrem Vortrag an den Sommer 2018, als zivilgesellschaftliche Seenotrettungsschiffe mit Hunderten geretteten Menschen keinen europäischen Hafen fanden, an dem sie anlegen durften. „Was“, so Hark, „hält uns davon ab, das Leben mit anderen zu teilen, Demokratie also wirklich werden zu lassen?“ Damit rückte sie die Verstrickungen in die Teilung der Welt und die Dominanzverhältnisse in den Fokus, die „wir tagtäglich einüben und in denen wir uns einrichten“. Begriffe und Bilder, Selbstverhältnisse und Gefühle, sie alle seien durchzogen von „Sichten von Welt, die regeln, wem was zusteht, wem gegenüber wir verpflichtet sind und wer unserer Zuwendung nicht wert ist“. Daher suchte Hark unter Rückgriff auf feminis-

tische Aktivistinnen und Theoretikerinnen nach Mitteln und Wegen, dem „Ton des Fremdmachens und der Dehumanisierung“ zu entkommen. Statt das Zögern als Nicht-Handeln zu kritisieren, votierte Hark für eine Rehabilitierung des Zögerns als Tugend: In einer radikal kritischen Haltung müssen wir Gewissheiten verlernen und an definierenden Verallgemeinerungen zweifeln. Zum Beispiel: „Von welchem Notstand reden wir? Wessen Prekarität und Bedrohung wird zur Sorge?“ Eine reflektierte Bedachtheit, die Komplexität und Differenz auszuhalten vermag, ist das, was Hark mit einem „aktiven Zögern“ meint.

Mit den drei Vorträgen waren hinreichend Pfade ausgelegt, die auf Podien und in Arbeitsgruppen weiterverfolgt wurden. Hier mussten sie sich an den Widersprüchen konkreter Auseinandersetzungen bewähren. Sind etwa, so das Thema der Journalistin Elsa Köster, die französischen Gelbwesten Ausdruck eines emanzipatorischen Aufstandes der Prekarierten oder doch bloß Verteidigungskampf eines zerstörerischen Status quo – oder beides? Hat die Fridays-for-Future-Bewegung das Versteck verlassen, indem sie eigene Vorstellungen von Freiheit, Sicherheit und Zukunft so ernst nimmt, wie es in den neoliberalen und antineoliberalen Einhausungen nicht vorstellbar ist? Und welche Dominanzverhältnisse schreiben sich fort, wenn der Westen zugunsten einer gewünschten Stabilität die Freiheitsbestrebungen der Menschen im arabischen Raum so schmähsch im Stich lässt? Möglich ist das nur, weil die dortigen Gesellschaften, im Sinne von Sabine Hark, zu einer uns fremden, fernen Welt klassifiziert worden sind. Eine solche Fremdmachung mündet in Gleichmut – mit verheerenden Folgen, wie Till Küster, bei medico Projektkoordinator für Syrien, in einer bitteren Bilanz aufzeigte: „Sehr oft besteht die letzte emanzipatorische Handlung der Menschen in Syrien darin, die Verletzten und Toten

aus den Trümmern zu bergen.“ Um die Überwindung postkolonialer Dominanzverhältnisse ging es auch in den Beiträgen von Boniface Mabanza Bambu. Der Philosoph und Theologe schilderte das Aufkommen vielfältiger sozialer Bewegungen in afrikanischen Staaten, die alle auf ihre Weise gegen imperiale Kontinuitäten aufbegehren – sei es die Fetischisierung westlicher Politikmodelle oder die fortgesetzte Plünderung von Ressourcen.

### Übung in komplexem Denken

Nach und nach hat das Symposium ein Terrain erschlossen, auf dem der Konflikt zwischen Unterdrückung und Freiheitsbestrebungen ausgetragen wird; ein Gelände, in dem Wirkungsmacht erstritten und Aufstände geprobt werden. Am Ende lagen keine Lösungen auf dem Tisch. Und doch hatten sich so viele funkelnde Gedanken, Bilder, diskursive Schneisen

und Begegnungen entfaltet, dass die eineinhalb Tage selbst zu einer Art Antwort wurden: Die Bereitschaft zu einer gemeinsamen Suche – offen, interessiert, auch kontrovers – ist elementarer Teil des Weges zu einem erneuerten politischen Denken und zur Überwindung der Ohnmacht. Wie heißt es doch in dem Zitat von Franz Kafka: „Möglichkeiten der Rettung sind so viele wie Verstecke.“

*Die ausführliche Dokumentation des Symposiums ist nachzulesen und anzuschauen unter [www.medico.de/symposium](http://www.medico.de/symposium)*



Christian Sälzer ist Journalist und arbeitet für medico international als Redakteur – was einschließt, eineinhalb hochkomplexe Symposiumstage auf 10.000 Zeichen zu bringen.



Thomas Seibert

### DAS ZUWENIG AN FREIHEIT DES NEOLIBERALISMUS

Wenn die freie Entscheidung zur Gleichheit und Solidarität in der Freiheit unsere Aufgabe ist – die Aufgabe eines nach vorne gewandten Antineoliberalismus –, dann ruft sie uns in die Geschichte zurück. Wer hegemonial werden will, muss in diesem Kampf glaubhaft machen, das Gemeinwohl zu vertreten. Dieser Vorschlag muss die konkrete historische Erfahrung, die Erfahrung der Kämpfe um Freiheit, Gleichheit und Solidarität reflektieren, und er muss auch die Nöte reflektieren, denen diese Kämpfe entspringen. Deshalb markiert der Mai 68 heute den wirklichen, höchst konkreten, ganz materiellen Ausgangspunkt eines Antineoliberalismus, der die neoliberale Hegemonie zu Fall bringen könnte: weil er dem Neoliberalismus nicht ein Zuviel, sondern ein Zuwenig an Freiheit vorwirft: die Reduktion der Freiheit auf die negative Freiheit des zugleich borniert und verängstigt nur auf sich und sein Eigeninteresse vernagelten Privatindividuums.

# Aus Niederlagen lernen

Für eine radikale Erneuerung der Demokratie –  
Ein Plädoyer von Boniface Mabanza Bambu auf  
dem Symposium

Die Anfang der 1990er Jahre in vielen afrikanischen Ländern in Gang gesetzten Demokratisierungsprozesse kamen wie ein süßes Gift. Die Möglichkeit für die Bevölkerung in diesen Ländern, sich formal an politischen Prozessen zu beteiligen, ging einher mit der „Alternativlosigkeit“ der Wirtschaftspolitik, die von neoliberalen Kräften in internationalen Finanzinstitutionen oder bei der Welthandelsorganisation diktiert wurde. Hinzu kam, dass Führungskräfte in einigen afrikanischen Ländern, die die kolonialen Praxen und die im Kalten Krieg entstandenen „afrikanischen Wirklichkeiten“ verinnerlicht hatten, nicht bereit waren, sich auf politisch tiefgreifende Änderungen einzulassen. Demokratisierung wurde als Diktat von außen und nicht als ein Akt aus innerer Notwendigkeit angesehen. Es entwickelten sich bis auf wenige Ausnahmen hybride Systeme, die für den Erhalt der Verhältnisse zugunsten ausländischer Machtzentren und lokaler Elitennetzwerke gut funktionieren, aber den tiefsten Wünschen der Mehrheiten der Menschen nach partizipativer Demokratie nicht entsprechen. In solchen Systemen werden Instrumente wie Wahlen fetischisiert.

In vielen afrikanischen traditionellen Gesellschaften gab es keine politischen Parteien, wohl aber eine ausgeprägte Kultur des Austausches, des Dialogs und des öffentlichen Diskurses, die kein Selbstzweck war, sondern darauf abzielte, das Zusammenleben in einer Gemein-

schaft friedlich und zum Vorteil aller zu gestalten. Dies könnte man als Verantwortlichkeit des Gemeinwesens bezeichnen, nicht automatisch kongruente Interessen zu berücksichtigen. Meiner Meinung nach spiegeln diese Elemente das Wesen eines politischen Systems wieder, in dem Subjekte die Möglichkeit bekommen, die ihr Leben betreffenden Entscheidungen zu initiieren, zu beeinflussen und/oder zu kontrollieren. Die Partizipation wird durch öffentliche

Pluralisierung des Wissens  
und der Praxen ist eine  
Antwort auf die Krise.

Meinungsbildungsprozesse, oft symbolisiert durch den Palaverbaum als Ort der Konsensbildung, artikuliert. Die Verantwortlichkeit findet Ausdruck in der Berücksichtigung aller Interessen, vor allem der der „Schwachen“ und am Rande stehenden Menschen nach dem Prinzip: „Je höher der soziale Rang, desto größer die soziale Verantwortung und je verwundbarer die Situation, desto größer die Fürsorgepflicht der Gesellschaft.“ Was den Gemeinschaftssinn angeht, so orientiert er sich am Prinzip der Lebensförderung, d.h., wie der kongolesische Theologe Matondo Tuzizila formuliert, an der „Stärkung der Teilhabe an der Einheit der Wirklichkeit, welche nur in der Verwiesenheit von allem auf alles Bestand hat. Eine Steigerung der



Lebenskraft, die nicht als Stärkung dieser streng gemeinschaftlich und kosmisch vermittelten Teilhabe intendiert wird, stellt etwas extrem Bedrohliches für die Gemeinschaft dar, weil sie nur unter gleichzeitiger Beeinträchtigung der Lebensfähigkeit anderer und auf Kosten des kosmischen Gleichgewichtes zu bewerkstelligen ist“. An diese unterbrochenen Traditionen und die darin enthaltenen moralischen, intellektuellen und spirituellen Ressourcen in ihren unterschiedlichsten Ausprägungen hätten die afrikanischen Staaten anknüpfen können, um eine Vielfalt demokratischer politischer Systeme zu gestalten. Heute geht es darum an diese unterbrochenen Traditionen für eine radikale Demokratie anzuknüpfen. Dazu ist es nötig, Entscheidungsfindungsprozesse von der Dominanz wirtschaftlich stärkerer Akteure zu befreien, die die Steuerungsinstanzen zu Erfüllungsgehilfen ihrer Interessen gemacht haben.

Zwei Handlungsfelder erscheinen mir von zentraler Bedeutung: zum einen die übergeordneten Instanzen wie die Europäische Union oder die Afrikanische Union, zum anderen die untergeordneten, wie kommunale Strukturen. Das Gleichgewicht zwischen übergeordneten Instanzen, denen wichtige Aufgaben wie Völkerverständigung und Bewahrung des Friedens zukommen, und den untergeordneten Instanzen muss so gestaltet werden, dass für die untergeordneten Instanzen Handlungsspielräume entstehen, die ihnen ermöglichen, Subsidiarität auch als Kategorie des Widerstands zu nutzen. Zum anderen geht es um die Fähigkeiten politischer Systeme tiefgreifende Entscheidungen zu treffen. Das aktuelle politische System mit seinen Wahlzyklen begünstigt Entscheidungen mit kurzfristiger Wirkung. Sinnvoll wäre die Etablierung von Mechanismen und Instanzen, die ermöglichen, zentrale Fragen der Menschheit von Wahlzyklen abzukoppeln. In diesem Zusammenhang steht auch der von Felwine Sarr in „Afrotopia“ formulierte Vorschlag besonders

für die rohstoffreichen Länder, die Verwaltung strategischer Ressourcen von politischen Ämtern und Zyklen zu trennen, um den zukünftigen Generationen durch einen sorgfältigen Umgang mit den materiellen Ressourcen ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Die westlichen wissenschaftlichen Traditionen und politischen Kulturen haben die Gestaltung der Demokratie geprägt, wie sie in vielen anderen Teilen der Welt heute gelebt, erlebt, angestrebt oder vorgetäuscht wird. Es ist jene Demokratie und seine Subjekte, die sich nun in einer tiefen Krise befinden. Die Antwort auf diese Krise kann nur Pluralisierung heißen, d.h. die Vielfalt des Wissens, der Wissensproduktion und der Praxen zu demokratischen Traditionen weltweit nutzbar machen, die universellen Wurzeln der Demokratie wieder zu entdecken, die Krisen zum Anlass zu nehmen, um radikale Formen von Demokratie zu wagen. Die Entstehung dieser radikalen Ansätze setzt voraus, Räume für gemeinsame Lernprozesse über Grenzen von Kulturen hinweg zu etablieren, in denen neue Ideen und Praxen erprobt werden können. Diese wiederum sind nicht möglich, wenn der koloniale Blick auf diejenigen nicht geheilt wird, deren Stimmen, Perspektiven und Wahrnehmungen bis jetzt zum Schweigen gebracht oder ignoriert wurden, weil man ihnen vom Westen aus eine radikale Alterität zugeschrieben hat, die ihre Erfahrungen in allen Bereichen irrelevant macht.



Boniface Mabanza Bambu ist Doktor der Theologie und Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle südliches Afrika (KASA).



Rechts im Bild: TILL KÜSTER und ANITA STAROSTA von medico bei einem Workshop im Rahmen des Symposiums.

# medico aktiv

## Kultur im Konfliktgebiet Künstler aus Kifri zu Gast im Kulturzentrum Klapperfeld

Das ehemalige Polizeigefängnis Klapperfeld in Frankfurt wurde im Nationalsozialismus von der Gestapo genutzt, bis in dieses Jahrtausend diente es als „Abschiebeknast“. Längst aber haben politisch Aktive sowie Künstlerinnen und Künstler das Klapperfeld als Ort politischer und kultureller Selbstorganisation etabliert. Mitte Juni 2019 waren Dilawa, Ali und Hawar, die in Kurdistan-Irak mit der Unterstützung von Haukari und medico in der Kleinstadt Kifri ein Kulturzentrum aufgebaut haben, zu Besuch. Mit der Initiative „Faites votre jeu!“, die das Klapperfeld ehrenamtlich betreibt, fand ein intensiver Austausch statt: Fragen zur Selbstorganisation, dem Verhältnis zu Politik und Stadtverwaltung und unterschiedlichen Kulturangeboten wurden ausführlich diskutiert. Am Abend berichteten die Künstler dann auf einer öffentlichen Veranstaltung über ihr Kulturzentrum in Kifri und die aktuellen Entwicklungen in Kurdistan-Irak – auch vor dem Hintergrund eines drohenden Krieges im Nachbarland Iran.



Gruppenbild im Klapperfeld-Hof vor der Veranstaltung.



Ramona Lenz und Mely Kiyak.

## Ist alles zu spät?

Gespräch zwischen medico und Mely Kiyak über Solidarität

Die Journalistin und Schriftstellerin Mely Kiyak und medico-Kollegin Ramona Lenz sprachen auf Einladung des Bochumer Kulturzentrums Bahnhof Langendreer über die Frage „Wird Solidarität gewinnen?“ In ihrem Essay „Haltung“ gibt Kiyak eine eher finstere Antwort: „Als noch Zeit war zu verhindern, was zu verhindern gewesen wäre, rief auf Preisverleihungen niemand nach Solidarität mit jenen, die von rechts angegriffen wurden.“ Die Aufforderung, jetzt Haltung zu zeigen, komme zu spät und sei ohnehin müßig: Entweder man habe und lebe eine Haltung oder eben nicht. Zugleich verweist Kiyak auf viele, oft unbemerkte Momente, in denen Solidarität zum Tragen kommt, und sei es beim Länderfinanzausgleich. Und: Solidarität dürfe nicht verwechselt werden mit der Befreiung anderer. An der Kopftuchdebatte könne man sehen, wie „arrogant, chauvinistisch und herrschaftlich“ vermeintliche Befreierinnen und Befreier oft agierten. Frauen, die Kopftuch tragen, hätten ihnen in ihrem Wissen und in ihren Kämpfen um Rechte oft einiges voraus. Dass die Bundesregierung inzwischen einen Gesetzesentwurf zur Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft von Doppelstaatlern vorgelegt hat, denen man die Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung nachweisen kann, ist für Kiyak nicht nur ein Ausdruck der Entsolidarisierung oder vielmehr Segregation, sondern vor allem ein Zeichen für das von ihr diagnostizierte „zu spät“. Nun, so Kiyak, wisse man, welche Gefahr vom neuen Heimatministerium ausgeht. Ob Solidarität gewinnen wird, bleibt offen.

## Inszenierte Dystopie

Argumente gegen Rechts: medico und das Schauspiel Frankfurt

In Frankfurt läuft am Schauspiel gerade eine Zumutung. Das Stück „Heerlager der Heiligen“ basiert auf dem gleichnamigen Roman von Jean Raspail, einem „gutbürgerlichen Rechten“ aus Frankreich, der sich seiner elitären und kolonialen Gesinnung rühmt. Das Stück konfrontiert das Publikum mit einer wohlformulierten intellektuellen Suade rechten Denkens, wie es heute auch in Deutschland immer üblicher wird. Gutbürgerliche sitzen an einem Tisch, essen sich satt an Goldfasanen und Gänsestopfleber und bewaffnen sich gegen die migrantischen „Eindringlinge“, die schon an der Küste Frankreichs ausgemacht werden. Imperiale Lebensweise par excellence. Die Verführungskraft dieses Denkens wird deutlich. Das Publikum klatscht sich danach den Schmutz vom Leib. Ausführlich und ernst. Im Programmheft neben einem Spruch von Heiner Müller – „Irgendwo werden Leiber zerbrochen, damit ich leben kann in meiner Scheiße“ – findet sich ein ausführliches Interview mit medico. Argumentationshilfe gegen Rechts zum Thema Flucht und Migration.



1



2



3



4



5



6



7

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medco mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medco und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medco-Broschüren und Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter [medco.de/material](http://medco.de/material) finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.



## Materialliste

### 1 medico-Jahresbericht 2018

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht

### 2 stiftung medico international

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

### 3 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

### 4 Plakat WHY?\*

DIN A1-Plakat gegen das Sterbenlassen im Mittelmeer. Für das Recht zu bleiben. Für das Recht zu gehen.

### 5 Warum Menschen fliehen

[32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir Material liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration, die hierzulande zunehmend von Angst und Ausgrenzung bestimmt ist. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

### 6 Häuser der Hoffnung

Info-Flyer. Nachdem 500.000 Menschen im Zuge der Vertreibung durch das türkische Militär im Südosten des Landes ihr Zuhause verloren haben, unterstützt eine medico-Kampagne den kurdischen Wiederaufbau. Der Flyer informiert über die Fördermöglichkeiten.

### 7 Europa ist Exportweltmeister

12-seitige Kurzbroschüre zur neuen Grenzschutz- und Migrationspolitik der EU. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

### Ohne Abb.: Hilfe im Handgemenge

[Infolyer] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

### Ohne Abb.: Globale Gesundheit

16-seitige Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor. Natürlich kostenlos.

\* Die Plakate können kostenlos bei uns bestellt werden. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (12,00 €), würden wir uns über eine Spende an medico international sehr freuen.

## Ich bestelle:

- \_\_\_\_\_ medico-Jahresbericht 2018  
 \_\_\_\_\_ Broschüre: stiftung medico international  
 \_\_\_\_\_ Broschüre zu Testament und Erbschaft  
 \_\_\_\_\_ DIN A1 Plakat: WHY?  
 \_\_\_\_\_ Broschüre: Warum Menschen fliehen  
 \_\_\_\_\_ Infolyer: Häuser der Hoffnung  
 \_\_\_\_\_ Kurzbroschüre: Europa ist Exportweltmeister  
 \_\_\_\_\_ Infolyer: Hilfe im Handgemenge  
 \_\_\_\_\_ Kurzbroschüre: Globale Gesundheit

Anzahl

\_\_\_\_\_ Name

\_\_\_\_\_ Straße

\_\_\_\_\_ Ort

\_\_\_\_\_ Meine Spendennummer

## Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen  
 dass einmalig eine  
 Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ € von  
 meinem Bankkonto abgebucht wird.

\_\_\_\_\_ IBAN

\_\_\_\_\_ BANK

\_\_\_\_\_ BIC

\_\_\_\_\_ Datum

\_\_\_\_\_ Unterschrift

## Bitte einsenden an:

medico international

Lindleystr. 15

D-60314 Frankfurt am Main

oder faxen an [069] 43 60 02

# Spenden und Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

**Spenden ohne Stichwort** sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

**Fördermitgliedschaft:** Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

**Spenden und Schenken:** Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

**Zustiftungen:** Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

**Online-Spenden:** Unter [medico.de/spenden](https://medico.de/spenden) können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

**Spendenkonto medico international**  
**BIC HELADEF1822**  
**IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00**



Das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

**Spendenquittungen:** medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatische eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.



Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

**Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden**

Marek Arlt und Frank van Ooyen  
Tel.: [069] 944 38-0, Email: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)



**Zustiftungen, Testamentsspenden und Unternehmensspenden**

Gudrun Kortas  
Tel.: [069] 94438-28,  
Email: [kortas@medico.de](mailto:kortas@medico.de)



**Spendenaktionen und Kommunikation**

Anita Starosta  
Tel.: [069] 94438-44,  
Email: [starosta@medico.de](mailto:starosta@medico.de)

**Umzug oder Bankänderung?** Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

**Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!**

# RAUS AUS DER FILTER- BLASE

Nachrichten, Meinungen  
und Analysen aus dem  
globalen Handgemenge

Im **BLOG** mischen sich medico-Kolleginnen und -Kollegen in aktuelle Debatten ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnern in Asien, Afrika und Lateinamerika. Mit Beiträgen von Thomas Gebauer, Anne Jung, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Seibert u.v.m. Der **NEWSLETTER** informiert Sie regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles aus dem medico-Kosmos. In den **SOZIALEN NETZWERKEN** unterstützen wir Ihren täglichen Blick über den Tellerrand. Verbinden Sie sich mit medico auf Facebook, Twitter oder Instagram.



medico international

**Alle Optionen unter [medico.de/verbinden](http://medico.de/verbinden)**



# BLEIBERECHT STATT AUSGRENZUNG

Petition zum 70. Jahrestag  
des Grundgesetzes

Wir fordern den Deutschen Bundestag auf: Alle Illegalisierten und Geduldeten, die auf Dauer hier leben wollen, sollen anlässlich des 70. Jahrestags des Grundgesetzes ein Bleiberecht erhalten. Ausführliche Informationen und die Möglichkeit, online zu unterzeichnen, finden Sie unter [www.petition-bleiberecht.de](http://www.petition-bleiberecht.de)

GRUNDRECHTE  
KOMITEE.de

Komitee für Grundrechte  
und Demokratie e.V.

m)

medico international